



Am 17. Mai 2017 fand auf Einladung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ein Gespräch mit Vertretern der Deutschen aus Russland im Bundeskanzleramt statt

1. Reihe v.l.n.r.: Walter Gauks, Irene Neh, Eleonora Heinze, Waldemar Eisenbraun, Heinrich Zertik, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Olesja Rudi, Albina Nazarenus-Vetter, Dr. Heinrich Derksen, Hartmut Koschyk, Dr. Helene Friesen sowie

2. Reihe v.l.n.r.: Jakob Petker, Adolf Braun, Arthur Steinhauer, Paul Derabin, Alexandra Dornhof, Luise Rempel

Foto: Bundesregierung / Sandra Steins

Politik:

Plädoyer für Minderheitenschutz in Europa

Hessen:

Mut zur Veränderung – fit für die Zukunft

Kultur:

150. Todestag des Dichters Adalbert Stifter

Herausgeber:



Inhalt

- 3 BdV jetzt Mitglied im Deutschen Institut für Menschenrechte
- 4 Offensive für mehr Minderheitenschutz in Europa
- 6 Gedenken an polnische Opfer
- 7 Organisationstagung im Wiesbadener Haus der Heimat
- 8 BdV-Landesverband Hessen stellt sich digitalen Herausforderungen
- 10 Hilfe für Zwangsarbeiter bei Anträgen auf Entschädigung
- 11 Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer
- 12 Hessischer BdV-Landesvorsitzender trifft sich mit Vertretern aus Politik und Gesellschaft
- 12 Museum Friedland vermittelt Migrationsgeschichten
- 13 100 Jahre Gründung der Wolgarepublik
- 14 Hauptversammlung und Neuwahlen im Landesverband der Siebenbürger Sachsen
- 15 Bauernverband auf Grünen Woche
- 16 Tag des Selbstbestimmungsrechtes
- 17 Kulturelle Herbstversammlung des BdV Limburg-Weilburg
- 17 Mit der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in Breslau
- 18 Lesung in Mundart über Nachkriegsgeschichte in Burghaun
- 19 70. Todestag von Karl Hilgenreiner
- 20 150. Todestag von Böhmerwalddichter Adalbert Stifter
- 22 Deutsche Klöster in Böhmen
- 24 Deutsch-polnische Chronik von Fraustadt (Wschowa)
- 25 Posener Spuren im heutigen Berlin
- 26 Engagement von Reinhard Schwarz gewürdigt
- 26 Nachruf Paul Stein
- 27 Termine

Angemerkt...

Russlanddeutsche leisten wichtige Volksdiplomatie in schwieriger Zeit

Um die deutsch-russischen Beziehungen ist es derzeit nicht gut bestellt. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und der anhaltende Konflikt im Osten der Ukraine lassen keine kurzfristige Entspannung erwarten. Unter den gegenwärtigen Spannungen zwischen beiden Ländern tragen die Russlanddeutschen besonders schwer. In Deutschland leben rund 2,5 Millionen Deutsche aus der ehemaligen Sowjetunion. In Russland selbst kann man bis heute von ca. 500.000 Deutschen ausgehen. In Kasachstan schätzt man die Zahl der dort lebenden Deutschen auf knapp 200.000 Personen. Selbst in Usbekistan, Kirgisistan, Armenien und Georgien existieren bis heute kleinere deutsche Minderheiten.

In Deutschland unterstellen viele den Russlanddeutschen eine pauschale AfD-Nähe oder man sieht in ihnen Parteigänger Putins. In Russland verdächtigen nationalistische Kräfte die dort lebenden Deutschen als Einflussagenten Merkels. In dieser schwierigen Lage bemühen sich die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in Deutschland unter ihrem Vorsitzenden Waldemar Eisenbraun und die Führung der im Internationalen Verband der Deutschen Kultur zusammengeschlossenen Deutschen in Russland unter Heinrich und Olga Martens, nicht vollends zwischen alle Stühle zu geraten und vor allem auf zivilgesellschaftlicher Ebene eine wichtige Brückenfunktion auszuüben. Das gilt für den „Petersburger Dialog“, das derzeit wichtigste deutsch-russische Dialogforum, in dem die Russlanddeut-

schen aus beiden Ländern aktiv mitwirken, für zahlreiche Partnerschaftsprojekte im Jugendbereich und für die Deutsch-Russische Regierungskommission für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen.

Kürzlich fand auf Initiative der Deutschen in Russland mit Beteiligung ranghoher russischer Offizieller in Moskau eine internationale Konferenz zum Thema „Volksdiplomatie“ statt, bei der auch die Landsmannschaft der Russlanddeutschen zahlreich und aktiv vertreten war. Dabei wurde deutlich, dass man von politischer Seite beider Länder die wichtige Brückenfunktion der Russlanddeutschen angesichts der schwierigen deutsch-russischen Beziehungen erkannt hat und sie gerne als „Eisbrecher“ nutzen möchte. Das gilt nicht nur im politischen Bereich, sondern gerade auch auf den Feldern Wirtschaft, Kultur und Kirchen.

Da trifft es sich gut, dass zeitgleich zur nächsten Deutsch-Russischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen im Herbst dieses Jahres in Königsberg/Kaliningrad ein Deutsch-Russisches Forum zu Fragen der Wirtschaft und Kultur stattfinden soll. Doch Schulterklopfen allein reicht nicht aus. Vielmehr bedarf es der Ermutigung und Unterstützung, damit die Landsmannschaft der Russlanddeutschen in Deutschland und der Internationale Verband der Deutschen Kultur in Russland ihre wichtige Brücken- und Dialogfunktion auch weiterhin engagiert wahrnehmen können.

Hartmut Koschyk

DEUTSCHE UMSCHAU
Zeitung für gesamtdeutsche und europäische Politik, Wirtschaft und Kultur

Postvertriebsstück
 Angemeldet
 Deutsche Post AG
 Postfach 10 15 00
 65185 Wiesbaden

ISSN 0723-4295

Organ des Bundes der Vertriebenen:

Landesverband Hessen

Herausgeber / Verlag:

Bund der Vertriebenen – Landesverband Hessen e.V. Die Ausgabe wird durch das Hessische Sozialministerium gefördert.

BdV-Landesverband Hessen e.V.

Friedrichstraße 35 · 65185 Wiesbaden

Telefon: 0611 36019-0 · Telefax: 0611 36019-22

E-Mail: buero@bdv-hessen.de

Bankverbindungen:

Volksbank Wiesbaden

IBAN DE17 5109 0000 0000 3459 03

Redaktion:

Siebert Ortmann (V.i.S.d.P.), Carsten Becher (Leitung), BdV-Landesverband Hessen Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Mit Signum oder Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder.

Satz & Layout:

Eva Zschäbitz, Bonn
 www.ez-grafik.de

Druck & Vertrieb:

Medienhaus Plump GmbH,
 Rolandsecker Weg 33, 53619 Rheinbreitbach

Erscheinungstermine:

Vier Ausgaben p. a.
 31. März 2018, 30. Juni 2018, 30. September 2018 und 15. Dezember 2018

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
 01. Juni 2018

BdV jetzt Mitglied im Deutschen Institut für Menschenrechte

Positives Signal für Engagement und Anliegen des Verbandes

Am 15. Dezember 2017 ist der Bund der Vertriebenen (BdV) von der Mitgliederversammlung des Deutschen Instituts für Menschenrechte als ordentliches Mitglied aufgenommen worden.

BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius und der BdV-Landesvorsitzende in Hessen, Siebert Ortmann, begrüßten diese Entscheidung und sehen darin ein positives Signal für das Engagement und das Anliegen des Verbandes.

Dr. Fabritius verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass das mit der Gesetzesänderung 2015 neu ausgerichtete Institut seine Arbeitsweise nunmehr novelliert habe und somit jetzt der Beteiligung sämtlicher an der Förderung und am Schutz der Menschenrechte beteiligten gesellschaftlichen Kräfte, so auch dem BdV, eine wichtige Bedeutung beimesse.

Der hessische BdV-Landesvorsitzende Siebert Ortmann kündigte an, dass sich der Bund der Vertriebenen in die Arbeit der aus Menschenrechtsorganisationen und -experten bestehenden Mitgliederversammlung fortan nach besten Kräften einbringen und dort auch Empfehlungen dafür abgeben werde, wie die Menschenrechte im In- und Ausland gefördert und geschützt werden können.



**Deutsches Institut
für Menschenrechte**

Das Deutsche Institut für Menschenrechte legt dem Deutschen Bundestag gemäß §2 Abs. 5 DIMRG (Gesetz über die Rechtsstellung und Aufgaben des Deutschen Instituts für Menschenrechte vom 16.07.2015) jährlich einen Bericht über die Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland vor.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte ist die unabhängige Nationale Menschenrechtsinstitution Deutschlands (§ 1 DIMR-Gesetz). Es ist gemäß den Pariser Prinzipien der Vereinten Nationen akkreditiert (A-Status). Zu den Aufgaben des Instituts gehören Politikberatung, Menschenrechtsbildung, Information und Dokumentation, anwendungsorientierte Forschung zu menschenrechtlichen Themen sowie die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen. Es wird vom Deutschen Bundestag finanziert. Das Institut ist zudem mit dem Monitoring der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und der UN-Kinderrechtskonvention betraut worden und hat hierfür entsprechende Monitoring-Stellen eingerichtet. ■



Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte Prof. Dr. Beate Rudolf (Foto: DIMR/S. Pietschmann)



**Deutsches Institut
für Menschenrechte e. V.**

Zimmerstr. 26/27

10969 Berlin

Telefon 030 259359-0

E-Mail

info@institut-fuer-menschenrechte.de

Web institut-fuer-menschenrechte.de

Vorstand:

Prof. Dr. Beate Rudolf (Direktorin),
Michael Windfuhr (Stv. Direktor)



Der hessische BdV-Landesvorsitzende Siebert Ortmann (li.) und BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius. (Foto: BdV Hessen)

Nationale Menschenrechtsinstitutionen

In mehr als 100 Staaten gibt es inzwischen Nationale Menschenrechtsinstitutionen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte. Sie arbeiten auf Grundlage der „Pariser Prinzipien“. Die Vereinten Nationen proklamierten die Prinzipien 1993 als internationalen Standard für die Rolle und Arbeitsweise Nationaler Menschenrechtsinstitutionen. Ein wichtiges Prinzip ist die Unabhängigkeit der Institution. Das Deutsche Institut für Menschenrechte erfüllt diesen Standard voll und ist daher mit dem „A-Status“ anerkannt. Nur Menschenrechtsinstitutionen mit diesem Status haben beispielsweise Rede- und Mitwirkungsrechte beim UN-Menschenrechtsrat in Genf. Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) ist ein gemeinnütziger Verein in Berlin, der die Einhaltung der Menschenrechte überwacht und fördert. Seit 2015 regelt das „Gesetz über die Rechtsstellung und Aufgaben des Deutschen Instituts für Menschenrechte“ die Rechtsstellung, die Aufgaben und die Finanzierung des Instituts. Die Finanzierung erfolgt in erster Linie durch den Bundestag, für einzelne Projekte werden auch Drittmittel eingeworben. Gemäß DIMR ist das Institut nur den Menschenrechten verpflichtet und politisch unabhängig. Die Richtlinien für die inhaltliche Arbeit legt ein Kuratorium fest. Der Verein hat derzeit 84 Mitglieder.

Quelle: www.institut-fuer-menschenrechte.de / Wikipedia

Offensive für mehr Minderheitenschutz in Europa

Die europäische Initiative für ein Minderheitenschutz-Paket verdient jede Unterstützung

Die Epochenwende der Jahre 1989/90 hat dazu geführt, dem Schutz ethnischer Minderheiten in Europa einen hohen Stellenwert einzuräumen. Die entsprechende Debatte leitete kein geringerer als Papst Johannes Paul II. ein, der seine Botschaft zum Weltfriedenstag am Neujahrstag 1989 unter das Leitwort stellte: „Um Frieden zu schaffen, Minderheiten achten“. Die zentrale Aussage der päpstlichen Verlautbarung macht den Minderheitenschutz zum Gradmesser von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wörtlich formulierte Papst Johannes Paul II.:

„Denn die Achtung (den Minderheiten) gegenüber muss in gewisser Weise als der Prüfstein für ein harmonisches gesellschaftliches Zusammenleben und als Beweis für die von einem Land und seinen Einrichtungen erreichte gesellschaftliche Reife angesehen werden. In einer wirklich demokratischen Gesellschaft den Minderheiten die Teilnahme am öffentlichen Leben zu gewährleisten, ist ein Zeichen für einen gehobenen gesellschaftlichen Fortschritt. Er gereicht all jenen Nationen zur Ehre, in denen allen Bürgern in einem Klima wirklicher Freiheit eine solche Teilnahme garantiert ist.“

Die Europäische Union hat zwar im Zuge der Aufnahme neuer Mitgliedstaaten Mittel- und Osteuropas in den sogenannten „Kopenhagener Kriterien“ gesicherten Minderheitenschutz zur Voraussetzung für einen EU-Beitritt gemacht, selbst jedoch keine Minderheiten-Schutzstandards in das Gemeinschaftsrecht aufgenommen.

Es oblag dem Europarat, hier verbindliche Standards zu setzen. Bereits in Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), dem Grundgesetz des Europarates, sind Grundprinzipien des

Minderheitenschutzes verankert. Explizit dem Minderheitenschutz gewidmet sind zwei Vertragswerke des Europarates: das 1993 erarbeitete „Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten“

und den fehlenden Minderheitenrechten im EU-Gemeinschaftsrecht stellen diese beiden Vertragswerke des Europarates jedoch wahre Meilensteine im Hinblick auf die Minderheitenrechte in Europa dar.



Hartmut Koschyk mit dem Leiter der Föderalen Agentur Russlands für Nationalitätenfragen, Minister Igor Barinow, bei der Übergabe seines Buches „Heimat-Identität-Glaube“ in Moskau.



Hartmut Koschyk mit dem zur deutschen Minderheit in Rumänien gehörenden rumänischen Staatspräsidenten Klaus Johannis beim Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 21. Juni 2017 in Berlin.

und die 1998 in Kraft getretene „Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen“. Von Minderheitenschutz-Experten wird zurecht der niedrige Grad der Verbindlichkeit beider Übereinkommen kritisiert. Gemessen an den lediglich politischen Absichtserklärungen zum Minderheitenschutz auf KSZE/OSZE-Ebene

Im Zusammenhang mit der Debatte um gesicherte Minderheitenrechte darf jedoch der UN-Pakt II über bürgerliche und politische Rechte von 1966 nicht unerwähnt bleiben, da dieser in seinem Artikel 27 sehr eindeutig Minderheitenrechte zuerkennt: „In Staaten mit ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten darf Angehörigen solcher Minderheiten nicht das Recht vorenthalten werden, gemeinsam mit Angehörigen ihrer Gruppe ihr eigenes kulturelles Leben zu pflegen, ihre eigene Religion zu bekennen und auszuüben oder sich ihrer eigenen Sprache zu bedienen.“

Von der Kodifizierung der Minderheitenrechte durch die Vereinbarungen des Europarates, aber auch durch bilaterale Verträge sowie die innerstaatliche Rechtsetzung im Bereich des Minderheitenschutzes haben auch die deutschen Minderheiten in 25 Staaten Europas und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion profitiert. Man kann bis heute von rund einer Million Deutschen ausgehen, die in Europa und den GUS-Staaten leben. Die größten Gruppen befinden sich in Russland, Polen, Ungarn und Kasachstan. Aber auch in Slowenien, Serbien, Armenien und Georgien gibt es bis heute kleinere Gruppen deutscher Minderheiten.

Die deutschen Minderheiten in Europa und der ehemaligen Sowjetunion sind unter dem Dach der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) in einer Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) zusammengeschlossen. Dieser Zusammenschluss dient dem gegenseitigen Austausch und der wechselseitigen Unterstützung und wird



Hartmut Koschyk mit dem Vorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland Waldemar Eisenbraun und dem Vorsitzenden des Internationalen Verbandes der Deutschen Kultur in Russland Heinrich Martens bei der Internationalen Konferenz zum Thema „Volksdiplomatie“ in Moskau.

wie auch die Dachorganisation FUEN von der Bundesregierung entsprechend gefördert. In meiner Amtszeit als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten wurde erstmals vom Bundesinnenministerium eine Informationsbroschüre über diese 25 deutschen Minderheiten herausgegeben und eine moderne Wanderausstellung geschaffen. Auch haben auf meine Initiative hin Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel die Vertreter der deutschen Minderheiten in Berlin empfangen, um sich mit deren Anliegen auch persönlich vertraut zu machen. Unter dem Dach der FUEN arbeiten die deutschen Minderheiten in Europa und den GUS-Staaten übrigens auch eng und vertrauensvoll mit den autochthonen Minderheiten in Deutschland, den Sorben, Dänen, Friesen und deutschen Sinti und Roma zusammen.

Der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten ist es zu verdanken, dass jetzt auf europäischer Ebene die Debatte über die Weiterentwicklung des Minderheitenschutzes eine neue Dynamik gewonnen hat. Unter dem Begriff

„Minority Safepack“ ist von der FUEN eine europäische Bürgerinitiative gestartet worden, die noch bis April eine Million Unterschriften sammeln will, um das Thema Minderheitenschutz auf die Tagesordnung der Europäischen Union zu setzen. Selbstverständlich unterstützen die autochthonen Minderheiten in Deutschland und die deutschen Minderheiten in Europa und den GUS-Staaten diese Initiative voll und ganz. Auch der Bund der Vertriebenen und die Landsmannschaften tun gut daran, diese Ak-

tion ebenfalls nach besten Kräften zu fördern. Wenn es gelingt, die erforderlichen eine Million Unterschriften zu sammeln, besteht die Chance, die Debatte über die Verankerung verpflichtender Minderheitenschutz-Standards in das EU-Gemeinschaftsrecht neu in Gang zu bringen, was letztlich auch den deutschen Minderheiten in Europa und den GUS-Staaten zugute kommen wird. ■

Hartmut Koschyk, ehemaliger Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und Minderheiten



Heimat – Identität – Glaube Vertriebene – Aussiedler – Minderheiten im Spannungsfeld von Zeitgeschichte und Politik

Autor	Hartmut Koschyk
Erscheinungsjahr:	2018
Seiten	464
ISBN:	978-3-8306-7881-6
Preis:	19,95 EUR

Weitere Informationen zu der Thematik finden Sie hier:

Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten FUEN
www.fuen.org

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten AGDM
www.agdm.fuen.org

Minority Safepack Initiative
www.minority-safepack.eu

Ausstellung über die deutschen Minderheiten in Europa und der ehemaligen Sowjetunion:
agdm.fuen.org/wanderausstellung/uploads/Guidebook_Ausstellung-IN-ZWEI-WELTEN1.pdf

Informationsbroschüre des Bundesinnenministeriums „Deutsche Minderheiten stellen sich vor“:
www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/2017/deutsche-minderheiten-stellen-sich-vor.html

Bewältigung gemeinsamer Geschichte durch Empathie

Denkmal für polnische Opfer als Mosaikstein der grenzüberschreitenden Verständigung

Die deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler begegnen dem Schicksal der polnischen Opfer des Nationalsozialismus mit Empathie und gestalten bereits seit vielen Jahren eine Politik der ausgestreckten Hand in ihre Heimatgebiete. Bereits während der 2004 vom Bund der Vertriebenen durchgeführten Gedenkveranstaltung zum Warschauer Aufstand wurden Zeichen gegenseitiger Empathie und Opfergedenkens gefordert.

Wenn ein eigener Gedenkort für diese Opfergruppe in Berlin den Weg zu einer wachsenden Empathie auch der polnischen Seite für zivile deutsche Opfer der Kriegs- und Nachkriegszeit bereitet und sich inhaltlich und architektonisch angemessen in das gut durchdachte Gedenkstättenkonzept des Bundes einfügt, könnte dieser zu einem weiteren Mosaikstein im großen Bild der grenzüberschreitenden Verständigung werden.

Im Deutschlandhaus am Anhalter Bahnhof wird zukünftig die Dauerausstellung der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ über das Schicksal der vertriebenen Deutschen hinaus auch an das Schicksal vertriebener Polen erinnern. Schon jetzt kann in der Topographie des Terrors auch polnischer Opfer des Nationalsozialismus gedacht werden. Und das Gedenken an die deportierten und ermordeten polnischen Juden ist bereits heute ein wichtiger Teil des unweit gelegenen Holocaust-Mahnmals.

Das 1972 errichtete „Denkmal des polnischen Soldaten und des deutschen Antifaschisten“ im Volkspark Friedrichshain stammt noch aus der DDR-Zeit und erinnert an die Soldaten der kommunistischen polnischen Untergrundarmee Armia Ludowa (deutsch: Volksarmee) und an deutsche kommunistische Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. Seit 1995 ist das Denkmal auch nicht-kommunistischen Widerstandskämpfern und Soldaten gewidmet.



Quelle: Gedenkstättenportal zu Orten der Erinnerung in Europa www.memorialmuseums.org

Quelle: Memorial to Polish Soldiers and German Anti-Fascists, Wikimedia Commons, English Wikipedia, Autor: ProhibitOnions, 2006, CC BY-SA 3.0

Der deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung wird in Berlin am Theodor-Heuss-Platz gedacht. Dort mahnt seit 60 Jahren die Ewige Flamme gegen Vertreibungen und ethnische Säuberungen. Eine Ergänzung der Berliner Gedenkstättenlandschaft durch ein vergleichbares Denkmal für die polnischen Opfer der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg ist ein unterstützenswertes Anliegen.

Ein ähnlich selbstverständlicher und sichtbar platzierter Gedenkort in Polen an die zivilen deutschen Opfer der Kriegs- und Nachkriegszeit – die Opfer ethnischer Säuberungen, von Flucht und Vertreibung oder

von Lagern wie etwa Lamsdorf, Zgoda und Potulitz – wäre zudem ein geeigneter Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte und zur Schaffung gegenseitiger Empathie. Verhindert werden sollte die zunehmend beobachtete Instrumentalisierung solcher Gedenkort- und -einrichtungen durch einzelne Gruppen. Niemandem hilft es, wenn solche Initiativen zum Zankapfel werden, wie wir dies etwa am Beispiel der Glocke der Wilhelm Gustloff schon erlebt haben. So missbraucht, dienen sie nur zur Aufrechterhaltung von Kollektivschuldtheorien, zur Förderung von Opferkonkurrenz oder zur Beförderung innenpolitischer Ziele. ■

Dr. Bernd Fabritius, BdV-Präsident

Gedenken an polnische Opfer der NS-Zeit

Der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Florian Mausbach, hat einen Aufruf an den Bundestag formuliert, den polnischen NS-Opfern ein Denkmal in Berlin zu errichten. Die Initiative wird inzwischen von etwa 80 deutschen Prominenten unterstützt. Zu den Unterstützern der überparteilichen Initiative gehören die früheren Bundestagspräsidenten Rita Süßmuth (CDU) und Wolfgang Thierse (SPD). Das Denkmal soll in der Mitte Berlins entstehen und an die insgesamt sechs Millionen Polen erinnern, die der deutschen Besatzung von 1939 bis 1945 zum Opfer fielen.

Nach dem Willen der Initiatoren soll es auf dem Askanischen Platz gegenüber dem Deutschlandhaus gebaut werden, dem Standort des künftigen Dokumentationszentrums der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“.



Das Deutschlandhaus in Berlin-Kreuzberg, Sitz des künftigen Dokumentationszentrums der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. (Quelle: Wikimedia Commons, Autor: Jörg Zägel, 2010, CC BY-SA 3.0)

Mut zur Veränderung – fit für die Zukunft

Hessische Aufgabenträger trafen sich im Wiesbadener Haus der Heimat

Unter diesem Motto trafen sich zu Beginn des Jahres zahlreiche Funktionsträger des Bundes der Vertriebenen (BdV) - Landesverband Hessen e.V. aus hessischen Kreisverbänden und landsmannschaftlichen Vereinigungen zu ihrer traditionellen Organisationstagung im Wiesbadener Haus der Heimat.

Bei der Zusammenkunft standen Berichte und Diskussionen über Themenbereiche wie Personal-, Finanz- und Beitragssituation, Satzung und verbandsspezifische Aktivitäten des Frauenreferats sowie kulturelle Aufgaben bei geplanten Seminaren, Großveranstaltungen und Ausstellungen, die sich verändernde Rolle der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Public Relation) im Zeitalter des digitalen Wandels und die Neugestaltung des Presseorgans „Deutsche Umschau“ des hessischen BdV-Landesverbandes im Mittelpunkt.



BdV-Landesvorsitzender Siegbert Ortmann gibt einen Bericht bei der gut besuchten Organisationstagung des BdV-Landesverbandes. (Foto: BdV Hessen)

In seinen Ausführungen wies BdV-Landesvorsitzender Siegbert Ortmann auf die Vorstandsneuwahlen beim 70. Landesverbandstag am 24. März 2018 hin. Auf wichtige zukunftsweisende Aufgaben für den BdV-Landesverband Hessen eingehend, warb er mit der Devise „Fit für die Zukunft“ für eine intensive Mitarbeit aller Funktionsträger. Mit dem einstimmig beschlossenen Leitwort „Unrechtsdekrete beseitigen – Europa zusammenführen“ setzt das Präsidium des Bundes der Vertriebenen für das Jahr 2018 ein deutliches Zeichen. Der Einsatz für die grenzüberschreitende Verständigung auf allen Verbandsebenen ist deshalb für alle Organisationseinheiten des BdV eine wesentliche Aufgabe!

Bei seinem Situationsbericht ging Landesvorsitzender Ortmann im Detail auf die vielfältigen Aufgaben ein und dankte dafür allen Beteiligten. „Wir haben unsere Landesgeschäftsstelle personell und sächlich modernisiert, und wir haben unsere alljährlichen Großveranstaltungen, Brauchtumsveranstaltung am Hessentag und Ausrichtung des zentralen Tages der Heimat in Verbindung mit dem Hessischen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation bestens erledigt. Der Ausgang der Bundes-

tagswahl hat die Mitglieder des BdV-Landesvorstandes weniger erfreut, zumal die vorgenommenen Wahlanalysen bestätigten, dass ein beachtlicher Teil unserer Anhängerschaft in den verschiedenen Landsmannschaften die nationalistische AfD gewählt haben. Was der BdV-Hessen sonst noch alles in den zurückliegenden Monaten geleistet hat, können

Sie dem inzwischen in Druck gegebenen „Tätigkeitsbericht 2017“ entnehmen, der Ihnen spätestens am Landesverbandstag im März zur Einsicht vorliegen wird. „Deshalb erspare ich mit jetzt weitere Ausführungen dazu“, so Siegbert Ortmann. Weiter führte der Landesvorsitzende aus: „Das laufende Jahr 2018 hat in der Darstellung unseres BdV-Landesverbandes mit einem optischen Highlight begonnen. Unser Öffentlichkeitsreferent Helmut Brandl hat es nach intensiver und sehr aufwendiger Arbeit im Ehrenamt geschafft, den Auftritt des BdV-Hessen im Internet moderner und ansprechbarer zu gestalten. Dabei haben wir uns an das Erscheinungsbild des Bundesverbandes und weitere BdV-Landesverbände angelehnt. Auch die im vergangenen Jahr eingeleitete Neugestaltung unserer Verbandszeitschrift „Deutsche Umschau“ beschäftigt uns im Landesvorstand weiterhin. Dazu brauchen wir aber die Mithilfe von Ihnen allen. Gleiches gilt für eine neue Beitragsordnung, die vom Vorstandsmitglied Hagen Novotny ausgearbeitet wurde.“

Siegbert Ortmann ging in seinen Ausführungen auch auf ein wesentliches Thema ein, dass den neu zu wählenden geschäftsführenden Vorstand in nächster Zeit we-

sentlich beschäftigen wird. „Das bedeutet also, dass die anfallende Verbandsarbeit auf den Schultern dieser Personen ruht und von diesen auch zu erledigen ist. In der Vergangenheit wurde dies aber in Anlehnung an jahrzehntelange Praxis regelmäßig nur von ganz wenigen Vorstandsmitgliedern ausgeführt. Das kann – weil alles im Ehrenamt –

so nicht weitergehen und deshalb hat der geschäftsführende Landesvorstand in seiner letzten Sitzung eine detaillierte Geschäftsordnung verabschiedet, die die Aufgabenbereiche der Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes exakt beschreibt und teamgerecht festlegt. Und es kommen in der Tat auf den geschäftsführenden Landesvorstand wichtige zukunftsweisende Aufgaben zu. Die Devise „weiter so, es hat doch alles ganz gut geklappt“, hat ausgedient. Der BdV-Hessen muss sich fit für die Zukunft machen und dazu bedarf es der intensiven Arbeit des gesamten Teams. Der Vorsitzende

mit ein bis zwei weiteren Vorstandsmitgliedern ist nämlich erkanntermaßen nicht in der Lage, den hessischen BdV-Landesverband in Zukunft effizient und vor allem zukunftsorientiert zu führen. Über die zukunftsweisenden Vorhaben unseres Verbandes werden wir Sie bei allen sich gebenden Gelegenheiten regelmäßig unterrichten.“ Und zum Thema „Zukunftsplanung“ hatte Ortmann bereits seine Vorstellungen angedeutet: „Nach meinen Vorstellungen wird der BdV-Landesvorstand Hessen unmittelbar nach dem diesjährigen Landesverbandstag dieses wichtige Thema aufnehmen und eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung einer umfassenden Vereins- und Situationsanalyse bilden. In einem zweiten Schritt soll dann die Entwicklung einer Vision, eines Leitbildes des Bundes der Vertriebenen stehen. Und schließlich soll es in diesem Zusammenhang um die Planung von konkreten Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele gehen. Es steht fest: Erfolg braucht Initiative, Mut zur Veränderung, Kompromissbereitschaft in den eigenen Reihen sowie Ausdauer und Durchhaltevermögen. Ich bin mir sicher, dass mit entsprechenden Willen – und dabei sind alle Verbandsmitglieder angesprochen – sich der Weg in eine Erfolg versprechende Zukunft des BdV in Hessen durchaus gestalten lässt.“ ■

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

BdV-Landesverband Hessen stellt sich digitalen Herausforderungen

Grundsätze für die Anpassung an digitale Anforderungen

Alle Welt spricht von den Auswirkungen einer bevorstehenden und in vielen Bereichen unseres Lebens bereits begonnenen „Digitalisierung“. Auf die herkömmliche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eines Unternehmens, einer Behörde oder eines Verbandes bezogen heißt das:

Online-PR ist ein Sammelbegriff für die Öffentlichkeits- und Pressearbeit im Internet. Einerseits greift sie auf bewährte Methoden und Mittel zurück, andererseits muss sie auf neue Gegebenheiten durch die Digitalisierung reagieren. Auf diese Weise verbreiten sich Informationen so schnell wie nie und Journalisten sind nicht mehr die alleinigen Hüter, die sie einst waren. Sie teilen sich diese Aufgabe mit Bloggern, „Instagramern“, „YouTubern“ und vielen anderen. PR-Erfolge und PR-Probleme können heutzutage rund um die Uhr an vielen Stellen im Netz entstehen. Das Internet bietet Firmen und Institutionen dabei aber auch ganz neue Möglichkeiten, ihre Botschaften direkt zur gewünschten Zielgruppe zu bringen.

Die „Digitale Transformation“ oder auch „Digitaler Wandel“ bezeichnet einen fortlaufenden, in digitalen Technologien begründeten Veränderungsprozess, der die gesamte Gesellschaft und besonders auch Unternehmen betrifft. Die Bezeichnung Digitale Transformation beschreibt die erheblichen Veränderungen und Auswirkungen auf das alltägliche Leben in der Wirtschaft und der Gesellschaft durch den Gebrauch von digitalen Technologien.

Neben der Vielfalt der technischen Möglichkeiten sind auch die Qualitätsanforderungen an die Kommunikation mit der Digitalisierung deutlich gestiegen. Es gilt, die neuen digitalen Möglichkeiten des Social Web kreativ für die eigene Kommunikation zu nutzen, um sich und sein Angebot bestmöglich zu präsentieren. Dabei muss aber nicht alles, was in den vergangenen Jahrzehnten für Pressearbeit gegolten hat, über Bord geworfen, sondern an die aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Pressearbeit bleibt bei aller digitalen Transformation nach wie vor ein zentrales Instrument der Unternehmenskommunikation.

Was bedeutet diese Entwicklung für die Pressearbeit?

Unternehmen, Institutionen, Verbände und Organisationen müssen als Kommunikatoren ihre Zielgruppen heute dort ansprechen, wo diese sich gerade aufhalten und informieren. Dabei haben sich die Möglichkeiten und Plattformen vervielfacht und segmentiert. Menschen pendeln selbstverständlich zwischen Offline- und Online-Welt, nutzen unterschiedlichste Plattformen und Geräte, wollen mobil per App ebenso kommunikativ angesprochen werden, wie zu Hause auf dem Sofa oder im Büro. Umso schwieriger ist es, dass die vom Unternehmen ausgesendeten Botschaften auch ihre Adressaten erreichen.

Journalisten nutzen schon immer gerne qualitativ hochwertiges vorgefertigtes Material von Pressestellen. Doch Pressearbeit ist heute komplexer und anspruchsvoller. Um im Wettbewerb um die Aufmerksamkeit der Medien zu bestehen, müssen Unternehmen Journalisten heute mehr bieten als die klassische Pressemitteilung. Visualisierung durch aussagekräftige Grafiken oder ansprechende Fotos, aber auch Audio- und Videoformate gehören heute selbstverständlich zum Repertoire moderner Pressearbeit. Die Bereitschaft, sich auf Neues einzulassen, wird zur Grundanforderung an das gesamte Unternehmen und seine Kommunikation, jahrelang vertrautes Terrain muss verlassen werden zugunsten experimenteller Kreativität, die die Geschichten des Unternehmens transportiert.

Doch was bedeutet dies für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des hessischen BdV-Landesverbandes? Der hessische BdV-Landesverband hat sich bereits im vergangenen Jahr dafür unter dem Slogan „Auf neuen Wegen in der BdV-Öffentlichkeit“ drei Ziele gesetzt, die es im Jahr 2017 konsequent weiterzuentwickeln galt:

- Migration der derzeit bestehenden Internet-Präsentation des BdV-Landesverbandes auf ein modernes, den Anforderungen des digitalen Zeitalters genügendes Content-Management-System (CMS) mit barrierefreier Darstellung von Text- oder Multimediainhalten für Web-Browser auf unterschiedlichen

Geräten und deren Adressierbarkeit im Netz und deren Adressierbarkeit für Suchmaschinen (Google).

- Unkompliziertes und schnelles Nutzen von „Kurzdarstellungen“ über Ereignisse innerhalb der Verbandsstruktur auf der Plattform der Sozialen Netzwerke (Facebook).
- Zielorientierte Weiterentwicklung des bisherigen Nachrichtenorgans „Deutsche Umschau“ als alleiniger Herausgeber durch den hessischen BdV-Landesverband und damit Schaffung der Möglichkeit für eine stärkere nachrichtliche Einbindung und Berücksichtigung bei der Veröffentlichung von Nachrichten von Landsmannschaften und Kreisverbänden innerhalb Hessens.

In einem Schaublatt sollen die Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten in der Vergangenheit, heute und in Zukunft explizit verdeutlicht werden (Schaubild Seite 9).

Internet-Präsentation

Im zweiten Halbjahr 2017 wurde mit der Migration der bisherigen BdV-Landes-Homepage – überwiegend mit eigenen Kräften des BdV-Landesverbandes – begonnen. Zu Beginn des Jahres 2018 wurde die neue CMS-basierte Lösung für den allgemeinen Gebrauch freigegeben. Dabei wurde darauf Wert gelegt, dass alte Presse-Informationen des Landesverbandes aus zurückliegenden Jahren, die nicht Bestandteil der Migration sein konnten, über ein kontrolliertes Zugangsverfahren (Login) für Interessierte auch nach der Umstellung noch eingesehen werden können. Somit werden die vom Landesvorstand eingangs formulierten Anforderungen an ein Content-Management-System (CMS) erfüllt, das bedeutet: barrierefreie Darstellung von Text- oder Multimediainhalten für Web-Browser auf unterschiedlichen Geräten und deren Adressierbarkeit im Netz und für Suchmaschinen (Google). Über zwei klar gestaltete horizontale und vertikale Ordner-Konzepte werden dabei künftig eine Fülle von Informationen des BdV-Landesverbandes Hessen abgebildet (www.bdv-hessen.de).

Facebook-Anwendung

Das Web 2.0 und seine berühmteste Plattform „Facebook“ wird immer mehr zum Thema in der öffentlichen Berichterstattung. Zunehmend legen sich Menschen dort ein Profil an und kommunizieren über das Internet mit Freunden, Bekannten und auch Fremden. Seit der erfolgreichen Verbreitung von Smartphones ist es mittlerweile auch von unterwegs möglich, die Neuigkeiten auf Facebook zu überprüfen und natürlich zog dieser Trend auch nicht an den Jugendlichen vorbei.

Die vom hessischen BdV-Landesverband derzeit betriebene Facebook-Anwendung (www.facebook.com/bdvhessen) lässt vorteilhaft unkompliziertes und schnelles Nutzen von „Kurzdarstellungen“ über Ereignisse innerhalb der Verbandsstruktur zu. Dabei können durch zusätzliche Werbeaktivitäten über Kurzinformationen oder mit Hinweisen auf Veranstaltungen gezielt bestimmte Personenkreise angesprochen und Ergebnisse über den Erfolgsgrad analysiert werden.

Deutsche Umschau

Das Presseorgan „Deutsche Umschau“ stellte viele Jahre eine gemeinsame Nachrichten-Publikation der beiden BdV-Landesverbände in Hessen und Nordrhein-Westfalen dar. Seit Januar 2017 wird die „Deutsche Umschau - Ausgabe Hessen“ allein vom hessischen BdV-Landesverband herausgegeben. Die Ausgabe plant vier Ausgaben im Jahresverlauf und weist derzeit eine Auflage von ca. 2000 Exemplaren pro Quartalsausgabe auf.

Als alleiniger Herausgeber verfolgt der BdV-Landesverband Hessen seit dieser Zeit die zielorientierte Weiterentwicklung als zentrales Nachrichtenorgan für Informationen aus den Bereichen Bundesverband, hessischer Landesverband, Deutsch-Europäisches Bildungswerk, Landsmannschaften, Bauernverband der Vertriebenen, Kreisverbände, Kultur, Brauchtum und Personalien, Heimatvertriebenenpresse sowie Hinweise auf Veranstaltungen.

Die Deutsche Umschau ist somit das zentrale Presseorgan des BdV-Landesverbandes Hessen. Ziel der Verantwortlichen muss es sein, dass alle hessischen Mitglieder im Rahmen der allgemeinen Mitgliederbetreuung Zugang zu diesen Informationen erhalten. Derzeit werden damit nur ein Drittel der hessischen Mitglieder erreicht. Ein Kosten- und Nutzungskonzept für das Gestalten (Design), Drucken und Verteilen - einschließlich eines später möglichen Abonnement-Bestellverfahrens auch für Nicht-Mitglieder - soll die Wirtschaftlichkeit dieser Öffentlichkeits-sparte verbessern.



Bund der Vertriebenen

Landesverband Hessen e.V.

Friedrichstraße 35

65185 Wiesbaden

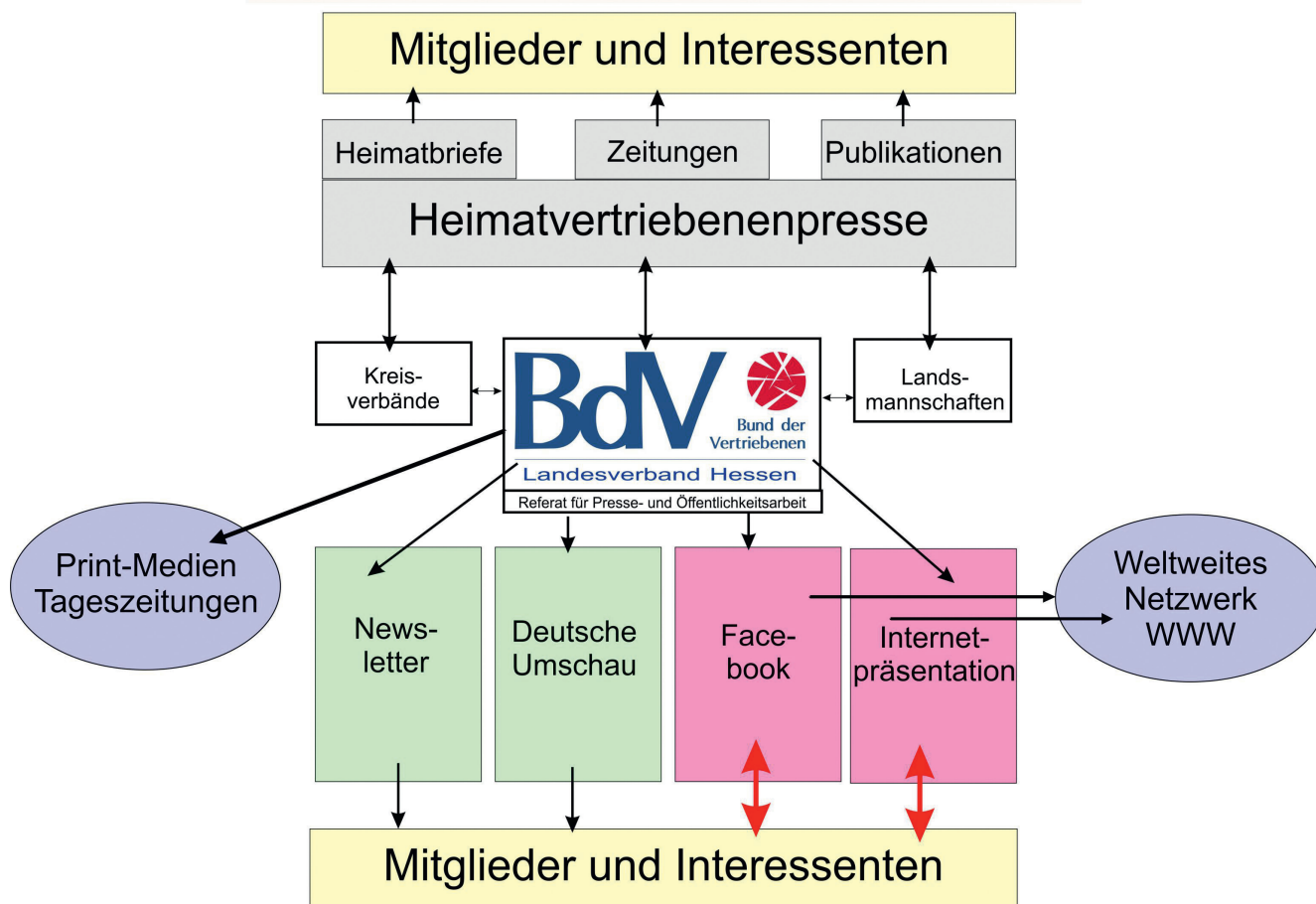
Telefon 0611 / 3 60 19-0

Telefax 0611 / 3 60 19-22

E-Mail buero@bdv-hessen.de

Web www.bdv-hessen.de und www.bund-der-vertriebenen-hessen.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Heimatvertriebenen



Millionen Deutsche mussten Zwangsarbeit leisten

Horst W. Gömpel half betroffenen Zwangsarbeitern bei Anträgen auf Entschädigung

Zum Jahresende 2015 hatte der Deutsche Bundestag endlich die Grundlage für eine humanitäre Geste für zivile deutsche Zwangsarbeiter geschaffen und damit eine langjährige Forderung des Bundes der Vertriebenen (BdV) aufgegriffen. Mehr als 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat die Erkenntnis Platz gegriffen, dass das Schicksal der deutschen Zwangsarbeiter kein allgemeines Kriegsfolgeschicksal war, sondern sich hauptsächlich im Osten Deutschlands und den Siedlungsgebieten der Deutschen unter dem Machteinfluss der UdSSR und ähnlicher Systeme vollzog. Nach dem Bundestagsbeschluss sollen „ehemalige deutsche Zwangsarbeiter, die als Zivilpersonen aufgrund ihrer deutschen Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit während des Zweiten Weltkriegs und danach zur Zwangsarbeit herangezogen wurden“, einen einmaligen Anerkennungsbetrag erhalten. Danach sollen innerhalb von drei Jahren insgesamt 50 Millionen Euro eingesetzt werden. Für 2016 sind 20 Millionen Euro, für die Jahre 2017 und 2018 jeweils 15 Millionen Euro Entschädigungsmittel eingeplant.

Die Antragsfrist für die Anerkennungsleistung an ehemalige deutsche Zwangsarbeiter endete bereits am 31. Dezember 2017. Maßgeblich war das Datum des Posteingangs beim für die Bearbeitung zuständigen Bundesverwaltungsamt.

Nach Angaben des Bundesverwaltungsamtes gingen bis 31.12.2017 insgesamt 46.336 Anträge ein. Davon wohnen 95 Prozent der Antragsteller heute im Bundesgebiet und haben von hier aus ihre Anträge gestellt. 92 Prozent der Antragsteller sind 80 Jahre und älter. Zwei Drittel der Antragsteller sind weiblichen und ca. ein Drittel männlichen Geschlechts.

Hilfsaktion für betroffene Schicksalsgefährten

Im Rahmen der Kulturellen Sommerstage des hessischen BdV-Landesverbandes hörte das Autorenpaar Gömpel aus Schwalmstadt im August 2017 in Weilburg einen Vortrag von Dr. Raimund Paleczek, wissenschaftlicher Referent des neu entstehenden Sudetendeutschen Museums in München. Er berichtete über das Verfahren für die Antragstellung auf die Anerkennungsleistung der Bundesregierung in Höhe von 2.500 Euro für zivile Zwangsarbeit. Das Ehepaar Gömpel prüfte zunächst die Berichte der vertriebenen sudetendeutschen Zeitzeugen ihres Buches „...angekommen!“. Fünf Personen wurden informiert und die Anträge gestellt. In den folgenden Monaten informierte Horst W. Gömpel im Rahmen der Vorträge über das Gesetz und auch die Zeitungen der Region berichteten ausführlich. Dabei wurde darauf verwiesen, dass Gömpel Hilfe bei der Antragstellung anbot. Er hatte sich inzwischen bei der Bundesverwaltungsstelle in Hamm über das Vorgehen informiert, besonders für die Fälle, wenn keinerlei schriftliche Unterlagen als Dokumente vorlagen.

Nur bei einem Antrag gab es bisher Rückfragen, hier war die Antrag stellende Person damals erst 12 Jahr alt. Sie



Horst W. Gömpel informierte über das Gesetz zur Zwangsarbeiterentschädigung und half Antragsberechtigten beim Ausfüllen der Formulare. (Foto: privat)

musste nochmals genau darstellen, was sie in einer Uhrenfabrik in Komotau arbeiten musste. In einem Fall war zwischenzeitlich der Antragsteller verstorben, hier verhalf Gömpel den Hinterbliebenen zum Geldeingang. Insgesamt hatte er mit 54 Personen Kontakt, die Hilfeleistung ging von einer einfachen telefonischen Beratung bis zum Besorgen und Ausfüllen der Anträge und einem gemeinsamen Gang zur zuständigen örtlichen Behörde. Diese Hilfe war erforderlich, da die Flüchtlinge und Vertriebenen weit über 80 Jahre alt sind und die Deutschen aus Russland zwar jünger sind, aber sprachliche Probleme hatten.

Als sich dann Mitte Dezember ein Betreuer einer Iglaue-Heimatgruppe meldete, kam Endspurtstimmung auf. Er berichtete, dass er Anspruchsberechtigter sei, aber Bedenken habe, den Antrag allein zu stellen, da er wisse, dass weitere ihm bekannte Personen auch berechtigt seien. Gömpel

machte den Vorschlag, alle einzuladen und ihm den Treffpunkt mitzuteilen. So trafen sich am 19. Dezember vierzehn Personen in Hebel. Gömpel und sein Freund Markwart Lindenthal, Brünn/Kirchberg, halfen beim Ausfüllen der mitgebrachten Antragsformulare und gaben Anweisungen für das weitere Vorgehen. In den folgenden Tagen gingen noch rechtzeitig 12 Anträge auf den Postweg.

... angekommen!

Vertrieben aus dem Sudetenland. Aufgenommen in Nordhessen. Vereint in der Europäischen Union.

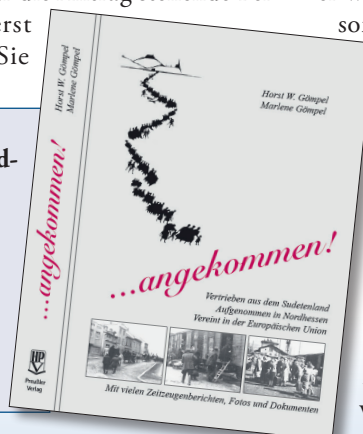
Zu beziehen über jede Buchhandlung

Autoren Horst W. Gömpel und Marlene Gömpel

Preis 24,50 €

ISBN 978-3-934679-54-2

Web www.mitteuropa.de/angekommen



Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer

Stellenwert durch Änderung der Vertriebenengesetzgebung innerhalb des Verbandes gewachsen

Unter der Überschrift „Migrationsgesellschaft durch Soziale Arbeit gestalten“ hatten das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) und der Bund der Vertriebenen (BdV) als gemeinsame Veranstalter am 16. Februar 2017 zu einem Kongress zum Thema „Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer“ (MBE) nach Berlin eingeladen. In verschiedenen Formaten ging es dabei darum, Erfolge, Wirkungen und Potenziale der MBE seit ihrer Einführung vor nunmehr zwölf Jahren herauszuarbeiten. In der Vergangenheit gemeisterte Herausforderungen wurden dabei ebenso angesprochen wie mögliche Klippen in der zukünftigen Arbeit.

Die vom BdV unterstützten Änderungen in der Vertriebenengesetzgebung aus dem Jahr 2013, aufgrund derer etwa Familientrennungen von Spätaussiedlern leichter vermieden werden können, sowie die aktuelle Flüchtlingslage haben dazu geführt, dass der Stellenwert der MBE innerhalb des Verbandes gewachsen ist. Die Anzahl der 2015 aktiven 17 hauptamtlichen Berater konnte 2016 auf 22 gesteigert werden. Gleichzeitig wuchs die Zahl der Beratungsfälle um knapp 30 Prozent. Die Quote von Beratungsfällen je Vollzeitstelle lag mit 333 nochmals über der durchschnittlichen MBE-Beratungsquote. Spätaussiedler und ihre Familienmitglieder aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion machen mit 54 Prozent noch immer den größten Teil der Ratsuchenden aus. Die übrigen Klienten sind anerkannte Flüchtlinge aus Syrien, Irak, Afghanistan und anderen Ländern, wobei der Anteil der Syrer sich gegenüber 2015 verfünffacht hat. Aber auch EU-Bürger aus Polen, Griechenland, Italien oder Spanien gehören zu den Beratenen.

Auch der hessische Landesverband blickt auf eine jahrzehntelange soziale Beratung und Betreuung von Spätaussiedlern und deren Familienangehörigen zurück. Diese Betreuungsarbeit wurde anfangs von ehrenamtlichen Aussiedlerbetreuern in Kreisverbänden sowie einigen hauptamtlichen Mitarbeitern geleistet. Die bis Ende 2004 parallel bestehenden Beratungsstrukturen für Spätaussiedler und Ausländer wurden seit 2005 strukturell und inhaltlich neu ausgerichtet, um die Integration von Zuwanderern gezielt zu ini-

tiieren, zu steuern und erfolgreich zu gestalten. In diese Migrationserstberatung wurde auch der BdV-Landesverband eingebunden. Nach dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ steht ein bedarfsorientiertes, individuelles migrationspezifisches Erstberatungsangebot an erster Stelle, um Neuzuwanderer bei ihrer Integration erfolgreich zu fördern und ihnen so bei der Bewältigung diverser Probleme zu helfen. Seit September 2015 wird diese Beratungstätigkeit in Räumen der Landesgeschäftsstelle Wiesbaden von Zoya Zakharchenko wahrgenommen. Die Finanzierung erfolgt durch das BAMF.

Da Frau Zakharchenko Russisch und Ukrainisch spricht, nehmen meistens Migranten aus russischsprachigen Regionen das Beratungsangebot in Anspruch. Das sind Migranten, die aus Kasachstan, Moldawien, der Ukraine, Lettland, Litauen und Russland stammen. Die aus Russland stammenden Migranten mit etwa 30 Prozent oder 60 Personen bildeten im vergangenen Jahr die größte zu beratende Migrantengruppe. Die Zusammenarbeit mit arabischsprachigen Ehrenamtlichen ermöglicht den Zugang zu Migranten aus Syrien, die in den meisten Fällen einen Fluchthintergrund haben. Deren Anteil betrug 2017 mit 35 von 236 zu beratenden Personen 15%.

Migrationsberatung zielt darauf ab, möglichst viele Ressourcen und Kompetenzen bei Migranten zu erschließen, um einen individuellen und nur für diese Person zugeschnittenen Eingliederungsweg herauszuarbeiten. Dies lässt sich gut in einem sogenannten Case-Management-Verfahren realisieren. Case-Management ist eine Beratungsmethode, die ein Sondierungsgespräch, eine individuelle Sozial-Kompetenzanalyse, einen Förderplan mit erarbeitenden Zielen, die den Einzelnen erreichen möchte, beinhaltet und eine strukturelle, effiziente und zielorientierte Arbeit mit Migranten ermöglicht. 2017 wurden 99 Zuwanderer (42 Prozent) im Rahmen des Case Managements beraten.

Obwohl die Hauptzielgruppe der Migrationsberatung Neuzuwanderer sind, haben auch Altzuwanderer die Möglichkeit, sich im Rahmen der nachholenden Integration bei der Beratungsstelle Rat zu holen. So beträgt das Verhältnis von Altzuwanderern zu den Neuzuwanderern 49 zu 51 Prozent. Bei



Zoya Zakharchenko mit Vorstandsmitgliedern (Foto: BdV Hessen)

der Geschlechterverteilung liegt die Relation der männlichen zu weiblichen Besuchern bei 42 zu 58 Prozent.

Aus den Förderrichtlinien für eine MBE geht hervor, dass das Beratungsangebot „eine sozialpädagogische Begleitung“ vor, während und nach der Teilnahme an einem Integrationskurs vorsieht. Es geht in erster Linie um einen passenden Sprachkurs und Beratung in allen Maßnahmen, die das Abbrechen des Integrationskurses verhindern oder den Beginn eines Integrationskurses initiieren können. Beratungsinhalte sind: Wohnung- und Arbeitsuche, Inanspruchnahme von Sozialleistungen, Fragen zur medizinischen Versorgung, Kündigungsschutz, Familiennachzug, Beratung zu den Fragen der Schwangerschaft, der Kinderbetreuung und der Schule. Auch Beratung in Verbraucherthemen gehören dazu wie Telefonverträge, Wechsel des Energieanbieters und Schuldenabbau. Regelmäßige Netzwerktreffen mit MBE-Mitarbeitern der freien Träger Caritas, AWO, IB und Diakonie und ein reger Austausch mit den genannten Integrationsakteuren sowie die Teilnahme an Fortbildungen zu erforderlichen Themen machen einen professionellen Umgang mit Betroffenen und eine fachkundige Beratung der Migrationsberaterin möglich. ■



Erreichbarkeit der Beratungsstelle:

Friedrichstraße 35 · 65185 Wiesbaden

Telefon 0611 36019-19

E-Mail z.zakharchenko@bdv-hessen.de

Öffnungszeiten:

Mo. 9.00 – 13.00 Uhr

Di. + Do. 10.30 – 15.30 Uhr

nach Terminvereinbarung

Mi. 12.00 – 16.00 Uhr

Begegnungen beim Neujahrsempfang

Hessischer BdV-Landesvorsitzender trifft sich mit Vertretern aus Politik und Gesellschaft

Eine gute Gelegenheit zur Pflege von Kontakten zu Politik und Institutionen der Gesellschaft bieten die alljährlichen Neujahrsempfänge in der Landeshauptstadt Wiesbaden. Der Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Hessen, Siegbert Ortmann, hatte zu Beginn des neuen Jahres 2018 die Gelegenheit genutzt, als Gast an Neujahrsempfängen der Landtagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen und am parlamentarischen Abend des Hessischen Rundfunks im Foyer des Hessischen Landtages in Wiesbaden mit Vertretern aus Politik und Gesellschaft teilzunehmen. Der BdV-Landesvorsitzende misst dieser regelmäßigen Kontaktpflege mit Vertretern aus Politik und Gesellschaft besondere Bedeutung bei. Bei diesen Begegnungen bestehe oft auch die Möglichkeit, Anliegen und Vorhaben seines Verbandes in geeigneter Weise vorzutragen.

Priska Hinz, hessische Ministerin für Umwelt, Familie und Gesundheit, hatte im

Beisein des hessischen Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Tarek Al-Wazir, mit Blick auf die diesjährige Landtagswahl Worte an die Anwesenden gerichtet: „Der Klimawandel, die weltweiten Fluchtbewegungen und die Frage nach der Zukunft Europas stellen uns vor Jahrhundertaufgaben. Herausfordernde Zeiten sind aber auch immer eine Chance. Eine Chance, Zukunft zu gestalten.“

Ortmann nahm bei dieser Veranstaltung auch die Gelegenheit der Begegnung mit dem hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier und dem ehemaligen Europaabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen, Milan Horacek, Karlspreisträger der Sudetendeutschen Landsmannschaft und BdV-Präsidiumsmitglied, wahr.

Bei der Veranstaltung des Hessischen Rundfunks ging Rundfunkintendant Manfred Krupp auf die zunehmende Aufspaltung



V.l.n.r.: Tarek Al-Wazir, Priska Hinz, Siegbert Ortmann (Fotos: BdV Hessen)

von Gesellschaft und Mediennutzung ein. In einer solchen Zeit sei es umso wichtiger, dass ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk alle Menschen in Hessen erreiche und mit ausreichenden Informationen versorge. Deshalb blieben Information, Bildung und Unterhaltung auch im digitalen Zeitalter die Kernaufgaben des Hessischen Rundfunks. ■

Museum Friedland vermittelt Migrationsgeschichten

Treffen des Bundes der Vertriebenen (BdV) im Grenzdurchgangslager Friedland

Bei einer verbandsinternen Konferenz auf Einladung der BdV-Landesvorsitzenden von Niedersachsen, Editha Westmann (MdL), im Grenzdurchgangslager Friedland hatten die Teilnehmer, darunter auch Vertreter aus Hessen, Bremen, Baden-Württemberg und Sachsen Gelegenheit, das nahegelegene Museum mit seinen wechselvollen Migrationsgeschichten im historischen Bahnhof von Friedland zu besichtigen.

Der Beauftragte des niedersächsischen Innenministeriums für dieses Museum und gleichzeitig Museumsleiter, Frank Fröhling, vermittelte dabei sehr eindrucksvoll die wechselvolle Geschichte dieser symbolträchtigen Einrichtung und der Menschen, die darin Aufnahme fanden und nach wie vor finden. Mehr als vier Millionen Menschen kamen seit der Gründung am 26. September 1945 über das Lager in Friedland in die Bundesrepublik Deutschland und haben dort zeitweise gelebt.

Das im Jahre 2016 im alten Bahnhofgebäude fertig gestellte Museum mit der stän-

digen Ausstellung „Abschied, Ankunft, Neubeginn“ kostete 20 Millionen Euro, die sich zu je 50 % das Land Niedersachsen und die Bundesrepublik Deutschland teilten. Aus den interessanten Ausführungen von Frank Fröhling klang unverkennbar auch ein gewisser Stolz über diese gelungene und von der Öffentlichkeit sehr gut besuchte Einrichtung heraus. Deshalb sollen in den nächsten Jahren auch noch weitere Ausbaumaßnahmen bis hin zu einer wissenschaftlichen Akademie an diesem geschichtsträchtigen Ort erfolgen, so der Museumsleiter.

Der hessische BdV-Landesvorsitzende Siegbert Ortmann (Lauterbach), der gemeinsam mit dem kommissarisch ernannten Landesschatzmeister Hagen Novotny und der Landesgeschäftsführerin Jolanta Lemm nach Friedland angereist war, nutzte dieses informative Verbandstreffen, die Gastgeberin und niedersächsische BdV-Landesvorsitzende Editha Westmann (MdL) als Festrednerin beim bevorstehenden 70. BdV-Landesverbandstag in Wiesbaden gewinnen zu können. ■



Tagungsteilnehmer vor dem Friedland-Museum (Fotos: BdV Hessen)



Museumsleiter Frank Fröhling

Hessen, das Patenland der Wolgadeutschen

100 Jahre Gründung der Wolgarepublik

Im September 2015 überbrachte Margarete Ziegler-Raschdorf, Landesbeauftragte der hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, anlässlich des 250. Jahrestages der Gründung der ersten Ansiedlung von Deutschen an der Wolga die herzlichsten Glück- und Segenswünsche für Hessen, dem Patenland der Wolgadeutschen. „Ich bin beeindruckt und dankbar, mit eigenen Augen nachzuvollziehen, was deutsche Siedler in der Wolgarepublik aufgebaut und zur Vollendung gebracht haben. Sie brachten ihre Fertigkeiten in die Region mit, den Tabakanbau und das Bierbrauen zum Beispiel und brachten unter immensen Anstrengungen und mit großem Fleiß und Durchhaltevermögen die Steppe zum Blühen“, erklärte die Landesbeauftragte. Heute seien ihre Dörfer größtenteils verwaist und die Häuser verfallen.

In diesem Jahr begeht das Land Hessen gemeinsam mit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland im kommenden September „100 Jahre Gründung der Wolgarepublik“ im Hessischen Landtag.

Der Verein zur Förderung politischer und kultureller und sozialer Beziehungen macht aus Anlass dieses Jubiläums auf eine wissenschaftliche Tagung am 12. und 13.06.18 in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in der Berliner Kronenstraße mit folgendem Hinweistext darauf aufmerksam:

„Die Autonomie war ein Ergebnis starker Bestrebungen nach Wiedererlangung und Sicherung bürgerlicher Rechte der Deutschen im Russischen Reich, die nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges in zunehmendem Maß eingeschränkt wurden. Unter anderem weckte die Februarrevolution die Hoffnungen auf eine Rücknahme der sog. Liquidationsgesetze sowie auf die Wiedereinführung des Deutschen als Amts-, Unterrichts- und Gottesdienstsprache.

Während die deutschen Sozialisten lange Zeit über die Zukunft der Wolgadeutschen im neuen Staat uneinig blieben, versuchten die Bolschewiki nach ihrer Machtübernahme im Oktober 1917 die Autonomiebestrebungen unter ihrer Kontrolle zu bringen.

Ein „Kommissariat für deutsche Angelegenheiten im Wolgagebiet“ wurde mit zuverlässigem Kader besetzt und sollte die Grundlagen für Sowjetisierung der wolgadeutschen Selbstverwaltung vorbereiten und die Sowjetisierung durchsetzen.

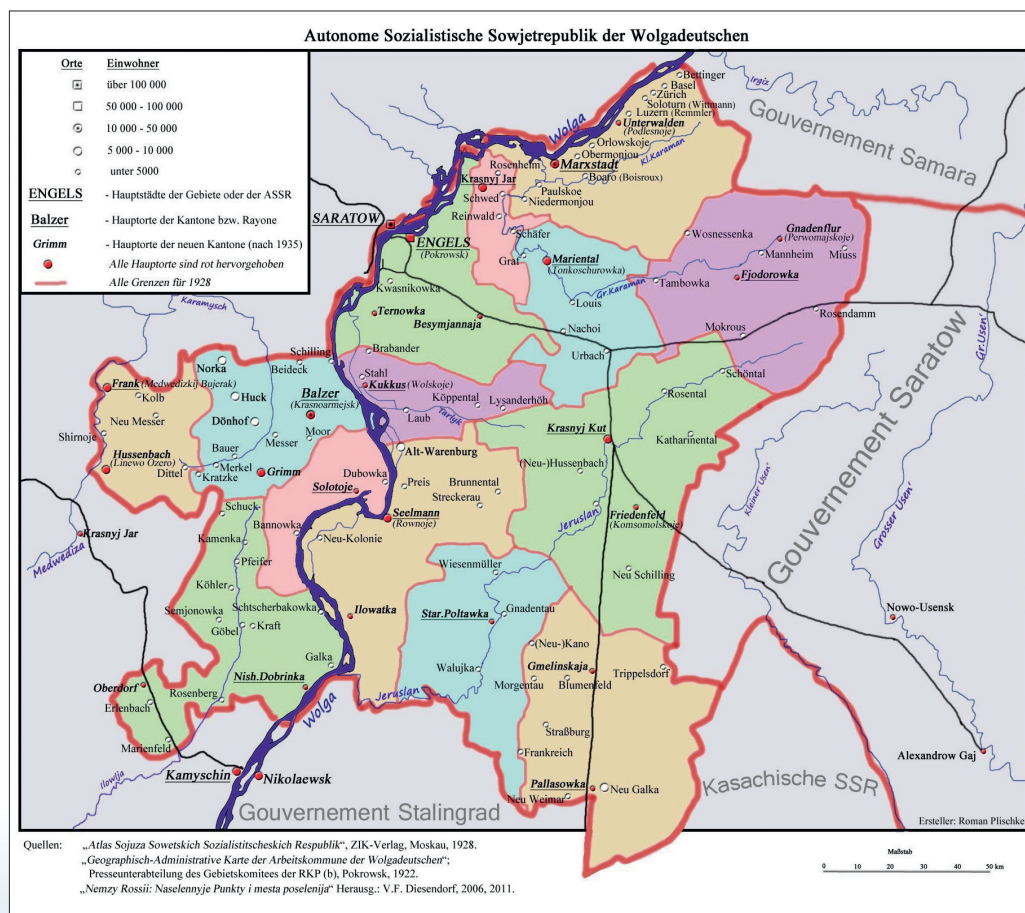
Mit der Erhebung zu einer Autonomen Republik 1924 wurde Deutsch als Amtssprache etabliert, auch andere kulturelle Institutionen wie Theater und Museen wurden gegründet. Neben der gesetzlich festgeschriebenen politischen Vertretung schuf die territoriale Autonomie feste Rahmenbedingungen für sprachliche, soziokulturelle und intellektuelle Entwicklungsperspektiven. Diese kamen auch den Deutschen aus anderen Regionen der Sowjetunion zugute.

Die geplante Konferenz gehört zu einer Veranstaltungsreihe, die die Deutsche Gesellschaft gemeinsam mit wissenschaftlichen Einrichtungen und mit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland plant und durchführt. Das Ziel der diesjährigen Tagung „100 Jahre Gründung der Wolgarepublik“ ist es, einen Blick auf

die Geschichte der wolgadeutschen Autonomie zu werfen, zugleich aber auch die Frage zu diskutieren, welche Bedeutung die Autonomie sowie auch andere Formen nationaler Selbstverwaltung für die Geschichte der Deutschen in/aus der Sowjetunion für ihre kulturelle und nationale Entwicklung und für Identität hatte.

Nicht weniger interessant scheint auch der außenpolitische Aspekt der Geschichte der deutschen Autonomie an der Wolga, die ja von der sowjetischen Führung als Muster für die Sowjetunion betrachtet wurde. Auch seit Mitte 1980er Jahre stand eine mögliche Wiederherstellung der Autonomie im Zentrum der deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Die Veranstaltung wird als wissenschaftliche Tagung mit Expertinnen und Experten aus der Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft durchgeführt.“ ■



Landesgruppe wird zum Landesverband

Hauptversammlung und Neuwahlen im Landesverband der Siebenbürger Sachsen

Seit Sonntag, 12.11.2017, heißt es Landesverband Hessen der Siebenbürger Sachsen und nicht mehr Landesgruppe. Einstimmig wurde diese Änderung in der Satzungsordnung von den Anwesenden bei der Hauptversammlung in Wetzlar angenommen. Weitere wichtige Punkte der Tagesordnung waren die Wahl des neuen Landesvorstandes und eines Ehrenvorsitzenden.

Im Grußwort hieß die Vorsitzende Ingwelde Juchum die geladenen Gäste und die anwesenden Mitglieder des Landesverbandes herzlich willkommen. Sie dankte dem Kreisverband Mittelhessen für die Organisation des Raums und des festlichen Rahmens. Die prominenten Gäste, Landtagspräsident Norbert Kartmann und der Vorsitzende des BdV in Hessen Siegbert Ortmann, dankten für die Einladung. Kartmann machte deutlich, dass die Besinnung auf die Wurzeln in der Heimat ein tiefes Heimatbewusstsein entwickelt. Sich zur Heimat bekennen helfe Toleranz dem Fremden gegenüber zu zeigen. Siegbert Ortmann wünschte eine engere Zusammenarbeit mit den Siebenbürger Sachsen und wies auf die im März anstehenden Wahlen am Landesverbandstag des BdV hin. Rainer Lehni, stellvertretender Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender von NRW, überbrachte Grüße vom Bundesvorstand. Er dankte für die Ehre, den Vorsitz im Wahlausschuss einnehmen zu dürfen. In seiner Rede unterstützte er den Gedanken der engeren Zusammenarbeit mit dem BdV und dankte allen, die ehrenamtlich in der Verbandsarbeit mitwirken. Wilhelm Beer erläuterte die Notwendigkeit einiger Änderungen in der Satzungsordnung der Landesgruppe Hessen. Sein Vorschlag, Norbert Kartmann zum Eh-

renvorsitzenden des Landesverbandes Hessen zu wählen, wurde mit Beifall aufgenommen. Mit 100 Prozent Ja-Stimmen nahm Norbert Kartmann diese Ehre an.

Ingwelde Juchum hielt Rückblick auf vier Jahre ehrenamtliche Arbeit im Verband der Siebenbürger Sachsen auf Bundes- und Landesebene. Sie hob ihre regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen des Bundes hervor und ihr Engagement beim Heimattag in Dinkelsbühl. Auf Landesebene haben sich zwei Feste etabliert: der Faschingsball und das Waldfest. Sie erwähnte die unterstützende Tätigkeit des Landesvorstandes für die Kreisverbände. Zum Abschluss dankte sie allen Mitgliedern des Vorstandes für ihre engagierte Tätigkeit. Drei Namen hob sie hervor: Reinhold Sauer, Hans Schuller und Klaus Herzog. Die treue und verlässliche Arbeit im Verband wurde mit der Vergabe der Ehrennadel gewürdigt. Rainer Lehni überreichte Reinhold Sauer die goldene Ehrennadel und Ingwelde Juchum steckte den Herren Schuller und Herzog die silberne Ehrennadel an.

In ihrem Rechenschaftsbericht legte die Kassenwartin Heidrun Depner den Haushaltsplan für die vergangenen vier Jahre dar. Kassenprüferin Sieglinde Schrädt berichtete, dass die Kasse ordnungsgemäß geprüft worden sei und bestätigte eine einwandfreie Führung derselben. Damit konnte der alte Landesvorstand entlastet werden und die Mitglieder konnten zum letzten Punkt der Tagesordnung schreiten, nämlich den Neuwahlen. Außer Rainer Lehni gehörten Ortrun Maurer und Rosemarie Dengel dem Wahlausschuss an. Der Vorschlag, die Wahl



Neu gewählter Hessischer Landesvorstand mit Siegbert Ortmann und Rainer Lehni. (Foto: HML)

öffentlich mit Handzeichen durchzuführen, wurde von den Anwesenden einstimmig angenommen.

Für das Amt der Landesvorsitzenden wurde Ingwelde Juchum vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Sie nahm die Wahl an und bedankte sich für das ihr entgegengebrachte Vertrauen. Die als Stellvertreter vorgeschlagenen Herren Beer, Sauer und Schaser nahmen die Wahl dankend an. Heidrun Depner wurde in ihrem Amt als Kassenführerin wiedergewählt. Die Kassenprüfer Silke Töpfer und Dieter Schrädt unterstützen sie dabei. Klaus Herzog wurde erneut zum Schriftführer gewählt und Udo Dieners wird den Landesvorstand in rechtlichen Fragen beraten. Das Frauenreferat verantworten Hertha Tezel und Karin Scheiner. Zwei Referate, welche vakant waren, wurden neu besetzt. Das Kulturreferat übernimmt Metta Brusch. Karin Scheiner und Hans Schuller sind für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Offen blieb das Jugendreferat. Als Beisitzer wurden Hans Schuster, Walter Gierlich und Hans-Josef Orend gewählt. ■

Karin Scheiner

64. Jahrbuch Weichsel-Warthe 2018

Der Bezugspreis beträgt:

- Einzelexemplar 10,50 €
(europäisches Ausland und Übersee 13,50 €)
- bei Abnahme von 3 – 9 Exemplaren je 9,00 €
- bei mehr als 10 Exemplaren je 8,45 €.

Bestellungen bei:

**Landmannschaft Weichsel-Warthe
Bundesverband e.V.**

65185 Wiesbaden
Friedrichstraße 35 III.
Telefon 0611 379787



Verband der Siebenbürger Sachsen Landesverband Hessen

Friedrichstraße 43
63263 Neu-Isenburg
Telefon 06102 25362
Telefax 03212 1373909
E-Mail hessen@siebenbuerger.de
Web www.siebenbuerger-hessen.de
Landesvorsitzende: Ingwelde Juchum

Präsenz auf der Grünen Woche

Agrarpolitik und mehr für den Bauernverband der Vertriebenen

Seit seiner Gründung im Jahre 1953 ist der Bauernverband der Vertriebenen (BVdV) durch Vorstandsmitglieder auf der Internationalen Grünen Woche stets präsent. So war es auch in diesem Jahr, in dem Bulgarien sich als Gastland mit Bildern seiner modernen Landwirtschaft und Folklore-Tänzen bei der Eröffnung präsentierte. Das Motto lautete „Aroma der Sonne“ und bezog sich auf die Produktion von Rosenöl im Tal der Rosen. 80 Prozent der Rosenölproduktion kommen aus Bulgarien. Da Bulgarien auch gleichzeitig im 1. Halbjahr die Präsidentschaft der EU innehat, war die europäische Agrarpolitik ein Schwerpunkt der Redner in der Eröffnungsveranstaltung im CityCube in Berlin nahe dem Messegelände.

Der große Besucherandrang zur Eröffnungsveranstaltung ist schon in den letzten Jahren durch den Veranstalter und den Deutschen Bauernverband (DBV) limitiert worden.

So werden den assoziierten Verbänden, wie dem Bauernverband der Vertriebenen, jeweils zwei Plätze im VIP-Bereich zugewiesen. Diesmal wurde der Bundesgeschäftsführer Dr. Blomeyer (BVdV) von Präsidentin Salomon vom Heimatverdrängten Landvolk begleitet. Dadurch konnten am Rande der Veranstaltung Gespräche zur bevorstehenden Kooperation geführt werden.

Auf dem Empfang des Deutschen Bauernverbandes (DBV) im Palais am Funkturm ergab sich eine Begegnung mit Diana Gach, Stipendiatin des 43. TOP-Kurses des DBV in der Andreas-Hermes-Akademie, Bonn, der unter der Leitung von Matthias Mehner steht. Diana Gach kommt aus Zdzieszowice/Deschowitz im Odertal zwischen Kedzierzyn-Kozle/Kanderzin-Cosel und Krapkowice/Krappitz. Im Rahmen der Patenschaft zwischen dem BVdV und dem schlesischen Bauernverein kann sie diese Fortbildung



V.l.n.r.: Dr. Arwed Blomeyer, Diana Gach und Matthias Mehner (Foto: privat)

wahrnehmen. Gleichzeitig führte Bundesgeschäftsführer Dr. Arwed Blomeyer Gespräche mit den Repräsentanten des Deutschen Bauernverbandes und Agrarpolitikern aus Bundestag und Bundesrat. In diesem Zusammenhang gab es ein ausführliches Gespräch mit Bernhard Krüskens, Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes, zum notwendigen Gesellschaftsdialog zwischen dem Bauernstand und der städtischen Bevölkerung zu den aktuellen Themen Glyphosat und Afrikanische Schweinepest. ■

Dr. Arwed Blomeyer



Auch Hessen zeigte Präsenz auf der Internationalen Grünen Woche.



Das Partnerland Bulgarien präsentierte sich mit Folklore-Tänzen.



V.l.n.r.: Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbandes; Dr. Christian Göke, Vorsitzender der Geschäftsführung, Messe Berlin GmbH; Christoph Minhoff, Hauptgeschäftsführer des Bundes für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde (BLL) und der Bundesvereinigung der deutschen Ernährungsindustrie (BVE) (Fotos: Messe Berlin GmbH)

Fragen und Informationen:

Bauernverband der Vertriebenen

Seestraße 44

12589 Berlin

Telefon 030 64399264

Telefax 030 64399264

E-Mail blomeyer.bdv@gmx.de

Web www.bauernverband.de

Präsident: Christian Walter

Geschäftsführer: Dr. Arwed Blomeyer

Mitglied im Dt. Bauernverband e.V.

Claire-Waldoff-Straße 7 · 10117 Berlin

Tag des Selbstbestimmungsrechtes

SL-Kreisgruppe Groß-Gerau gedenkt der März-Toten am südhessischen Wallfahrtsort Maria Einsiedel

An dem Ort, an dem sich seit der Vertreibung die Heimatvertriebenen aus ganz Südhessen zu ihrer alljährlichen Heimatvertriebenenwallfahrt treffen, lädt die Kreisgruppe der Sudetendeutschen Landsmannschaft Groß-Gerau in den letzten Jahren zur ihrer Gedenkfeier am Tag der Selbstbestimmung ein. Nach einem Dankgottesdienst in der weiten Pilgerhalle des Wallfahrtsortes trifft man sich zur anschließenden Gedenkfeier mit Kranzniederlegung am Vertriebenenkreuz, einem alten Friedhofskreuz aus Nordböhmen.

Ortspfarrer Heinrich Bosse ging am 4. März 2018 während des Gottesdienstes bei seiner Begrüßung, in seiner Predigt und bei den Fürbitten mehrmals auf die tragischen Geschehnisse des 4. März 1919 im Sudetenland ein und forderte dabei das Recht der Selbstbestimmung für alle Völker.

In seiner Ansprache erinnerte Erich Fech, Mitglied der Leitungsgruppe des BdV-Kreisverbandes Groß-Gerau, im Beisein von Markus Harzer, Obmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft - Landesgruppe Hessen, an die Geschehnisse vor fast hundert Jahren, die letztendlich der schicksalhafte Beginn der Sudetendeutschen Volksgruppe waren.

Der Erste Weltkrieg sei als „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ ein Ereignis, das sich fatal auf die weitere Geschichte Europas auswirkt habe. Für die Entwicklung nach diesem Krieg war der 4. März 1919 für die Sudetendeutschen von besonderer Bedeutung: Die Deutschen begehrten auf! Zu den Forderungen des 4. März gehörte an erster Stelle das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das von US-Präsident Wilson als Grundprinzip einer Friedensregelung proklamiert worden war. Danach sollte den Völkern Österreich-Ungarns die Möglichkeit zu unbehinderter autonomer Entwicklung eingeräumt werden. Der Konflikt eskalierte und endete tragisch, als tschechische Soldaten wahllos auf die friedlichen Demonstranten schossen und 54 Menschen töteten, darunter auch Frauen und Kinder. Die Opfer erhielten keine Entschädigung, die Täter wurden nicht ermittelt und bestraft.

Für die Sudetendeutschen sei der 4. März als „Tag der Selbstbestimmung“ zu einem



Abordnung der SL-Kreisgruppe Groß-Gerau mit SL-Landesobmann Markus Harzer (s.v.re.) nach Kranzniederlegung am Vertriebenenkreuz in Maria Einsiedel. (Foto: BdV KV Groß-Gerau)

identitätsstiftenden Gedenktag geworden. Viele Male sei seit jenem Tag das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen getreten worden, Millionen von Menschen seien seither unter größten Opfern aus ihrer angestammten Heimat vertrieben worden. „Daher sind die schrecklichen Ereignisse vom 4. März 1919 eine geeignete Mahnung dafür, mit aller Entschiedenheit für das Recht auf die Heimat und das Selbstbestimmungsrecht einzutreten, und zwar für alle Völker und Volksgruppen.“

Darum habe die Sudetendeutsche Landsmannschaft, nicht zuletzt aus eigener, leidvoller Erfahrung, diese Anliegen in ihren Arbeitsalltag übernommen. So formuliert der Verbandszweck: „Die Landsmannschaft wirkt an einer gerechten Völker- und Staatenordnung mit, in der die Menschen- und Grundrechte, das Recht auf die Heimat und das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Volksgruppen für alle gewahrt und garantiert werden. Dazu gehört, dass die EU-Grundrechtecharta in allen ihren Teilen für alle EU-Mitgliedstaaten uneingeschränkt verbindlich gilt. Verstöße gegen diese Rechte wie Völkermord, Vertreibungen, ethnische Säuberungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, menschen- und völkerrechtswidrige Enteignungen sowie Diskriminierungen sind weltweit zu ächten und dort, wo sie erfolgten, auf der Grundlage eines gerechten Ausgleiches zu heilen.“

Damit verbindet die Sudetendeutsche Landsmannschaft auch die Hoffnung, dass

sich nach Phasen des Stillstands und der Rückschläge ein Dialog zwischen Tschechen und Sudetendeutschen auch auf oberer Ebene abzuzeichnen beginne, in dem alle offenen und heiklen Fragen ohne Furcht und Zwang behandelt werden sollten.

In seinen Schlussworten bei der Kranzniederlegung am Vertriebenenkreuz zitierte SL-Kreisobmann Helmut Brandl aus der Botschaft zum Weltfriedenstag 1989 des früheren Papstes Johannes Paul II., in dem er den Schutz der nationalen Minderheiten verlangte: „Um Frieden zu schaffen, Minderheiten achten“ und wies darüber hinaus auf die derzeit von der europäischen Bürgerinitiative „Minority SafePack“ initiierte Unterschriftenaktion zum Schutz der europäischen Minderheiten hin.

Die Gedenkfeier wurde von Mitgliedern der Egerländer Gmoi z'Kelsterbach und der Siebenbürger Musikanten aus Pfungstadt sowie von Fahnenträgern des BdV-Ortsverbandes Biebesheim mitgestaltet. ■

Helmut Brandl



**Bund der Vertriebenen
Kreisverband Groß-Gerau e.V.**

Kreisgeschäftsstelle:

Postfach 11 41

64501 Groß-Gerau

Telefon 06152 2375

Telefax 06158 828927

E-Mail bdvkreisverbandgg@gmail.com

Web www.bdv-kvb-gg.de

Mit den Heimatvertriebenen kam die Ökumene

Kulturelle Herbstversammlung des BdV Limburg-Weilburg

Zum Ende jeden Jahres führt der Bund der Vertriebenen Kreisverband Limburg-Weilburg eine kulturelle Herbstversammlung durch. Im letzten Jahr befasste man sich mit dem Thema. „Die Einführung der Reformation in der ehemaligen Grafschaft Nassau-Weilburg. Als Referenten begrüßte Kreisvorsitzender Josef Plahl Oberstudienrat a. D. Werner Richter aus Weilburg-Waldhausen.

Richter sagte, die Reformation in der ehemaligen Grafschaft Nassau-Weilburg sei unter der Regentschaft Philipps III. eingeführt worden, der auch eine Freischule, das heutige Gymnasium Philippinum, gegründet habe. Der Wandel zum neuen Glauben sei in der Zeit von 1523 bis 1555 vollzogen worden. Philipp hatte bereits drei Jahre nach der Regierungsübernahme (1527) starkes Interesse an dem neuen Gedankengut im Verhältnis des Menschen zu Gott, das in Europa schon seit dem 14. Jahrhundert zu spüren war.

Durch den Übertritt zum neuen Glauben, so der Referent, sei eine politische Verbindung entstanden, die Philipp III. auf Bitte Philipps von Hessen zur Teilnahme an dem Fürstenbund von Schmalkalden gegen Kaiser Karl V. veranlasste. Nach der Niederlage

des Schmalkadischen Bundes 1547 stand für den Grafen von Nassau-Weilburg die Frage, ob der Kaiser ihm verzeihen werde. Dies geschah durch eine Dispensurkunde, eine verkappte Geldstrafe, mit der der Graf 20.000 rheinische Gulden als „Gebühr“ zu begleichen hatte.

Zu Beginn der Versammlung sagte Josef Plahl, man habe dieses Thema gewählt, weil mit der Vertreibung der Deutschen aus osteuropäischen Gebieten viele Menschen katholischen Glaubens in evangelische Regionen verschlagen wurden. Menschen unterschiedlichen Glaubens waren aufeinander angewiesen, um das Zusammenleben erträglich zu gestalten. Gerade in der Oberlahn-Region sei dieses Problem vorbildhaft gelöst worden.

Plahl wies auch darauf hin, dass in Westböhmen der erste evangelische Gottesdienst in St. Joachimsthal gefeiert worden sei. Eger sei erst in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts zum evangelischen Glauben übergetreten. Zum Ende des 16. Jahrhunderts wären alle habsburgischen Erbländer mit Ausnahme von Tirol evangelisch gewesen. Mit der Gegenreformation seien diese Länder zum katholischen Glauben wieder zurückgekehrt.



Bildnis des böhmischen Reformators Jan Hus von Johann Agricola, 1562. (Quelle: Wikimedia Commons, gemeinfrei)

Otto Riedl, Obmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft meinte, in Böhmen und Mähren hätten die Menschen sich schon mit der neuen Lehre von Jan Hus beschäftigt. Nach dem Tode des Jan Hus auf dem Konzil zu Konstanz sei es zu schweren kriegerischen Auseinandersetzungen gekommen, die sich nicht nur auf Böhmen und Mähren beschränkten. ■

„Wege zur Versöhnung“

Zwei Groß-Gerauer Ehepaare mit Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in Breslau/Wrocław



Klaus Meinke (Groß-Gerau) bei Arbeiten auf dem „Neuen jüdischen Friedhof“ in Breslau. (Foto: privat)

Im Sommer 2016 und 2017 haben die beiden Groß-Gerauer Ehepaare Lange-Etzel und Meinke gemeinsam bei „Sommerlagern“ der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in Breslau/Wrocław mitgewirkt und dabei auf vielfältige Weise die ehemals deutsche Stadt kennengelernt. Als Zeichen der Versöhnung arbeiteten sie zwei Wochen auf dem „Neuen

jüdischen Friedhof“. Die Begegnungen mit den Menschen und Organisationen dort waren so eindrucksvoll, dass sie eine Foto-Präsentation ihrer Erfahrungen zusammenstellten, die sie am 27. Januar 2018 im Kulturcafé Groß-Gerau im Rahmen einer Veranstaltung des Pfarramtes für Ökumene im evangelischen Dekanat Groß-Gerau-Rüsselsheim zeigten. In der heutigen Zeit den Begriff der Versöhnung mit Leben, mit Erlebnissen und eigenen Gedanken zu füllen, war ihnen dabei wichtig. Breslau konnte dabei als gelungenes Modell der Versöhnung zwischen Polen und Deutschland nach 1945 dienen.

In den „Sommerlagern“ der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste kommen Menschen aus ganz Deutschland an Orte der Geschichte des 20. Jahrhunderts, um dort in gemeinsamer Arbeit die Erinnerung wach zu halten. Sie haben auch die Gelegenheit,

bei vielen Gesprächen, Besichtigungen, Vorträgen und Diskussionen den Ort des „Sommerlagers“ intensiv kennen zu lernen. So war Breslau 2016 als Kulturhauptstadt Europas ein besonders reizvolles Ziel. Aber mit der einfachen gärtnerischen Arbeit auf dem jüdischen Friedhof ist auch Kontemplation und traurige Erinnerung an die schlimmste Zeit deutscher Geschichte verbunden.

Mit der Präsentation im Januar am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, wollten die beiden Ehepaare auch die Arbeit der inzwischen 60-jährigen Organisation Sühnezeichen/Friedensdienste bekannter machen und zum Mitmachen anregen. „Heute können Menschen jeden Alters in Projekten vieler Länder mitarbeiten. Auch wichtige, zukunftsweisende Freiwilligendienste für junge Leute gibt es“, so die Referenten. ■

Lesung in Mundart über Nachkriegsgeschichte

Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf bei kulturellem Abend in Burghaun

„Zwei dahergelaufene Burghaunerinnen“ sprachen in Mundart über erlebte und erzählte Nachkriegsgeschichte (1943 – 1948). Die Hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, war als Ehrengast zu diesem besonderen Kulturellen Abend der Gemeinde Burghaun eingeladen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen Lesungen in Burghauner Platt und Sudeten-deutscher Mundart.

Nach Eröffnung des Abends durch Bürgermeister Simon Sauerbier, konnten die Besucher im vollbesetzten Burghauner Herrenhaus eine besondere Darbietung erleben. Zwei Frauen, erzählten als „Zwei dahergelaufenen Burghaunerinnen“ ihre „erlebte und erzählte Kriegs- und Nachkriegsgeschichte“, Frau Ilse Eckel in Burghauner Platt und Frau Monika Hanika in dem Isergebirgs-Dialekt ihrer verlorenen Heimat. Ein besonderer Höhepunkt des Abends war anschließend die von Lina Schmidt in Schlotzauer Platt und Egerländer Dialekt vorgetragene Erzählung „Ein Herz und eine Seele“. Lina Schmidt berichtete darin von der Zeit, die ihre Familie gemeinsam mit den bei ihnen auf dem Bauernhof einquartierten Heimatvertriebenen in gutem Miteinander verbrachte. Als Kind habe sie Wert darauf gelegt, die Sprache der Vertriebenen zu verstehen und so habe sie deren Egerländer Dialekt erlernt, den sie heute genauso gut spreche wie ihren heimischen Schlotzauer Dialekt. Die Wortbeiträge wurden durch das Gitarren- und Flötenspiel des Flötenduos Ulrike Hergert (Burghaun) und Gabriela Prokešová (Brünn) eindrucksvoll musikalisch umrahmt und aufgelockert.

Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf dankte den Referentinnen für ihre beeindruckenden Vorträge und überbrachte allen Anwesenden die Grüße des hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier und von Sozialminister Stefan Grüttner: „Was wir von den Mundart-Rednerinnen gehört haben, war

unglaublich eindrucksvoll, fesselnd und bewegend. Danke auch dafür, dass Sie uns in ihre tragische Familiengeschichte hineinblicken ließen.“ Sie erinnerte daran, dass das Land Hessen nach dem Zweiten Weltkrieg insgesamt rund eine Million Menschen aus fast allen Ostgebieten des Deutschen Reiches und den deutsch besiedelten Regionen Südosteuropas als Vertriebene und Flüchtlinge aufgenommen habe. Einheimische und Neubürger hätten es in gemeinsamer Anstrengung geschafft, das Land wiederaufzubauen. Dies habe Hessen nachhaltig geprägt. Das Land habe daher einen besonderen Bezug zu den Heimatvertriebenen und so werde in Hessen viel dafür getan, damit ihr schweres Schicksal nicht in Vergessenheit gerate. „Die Erinnerung an die Grausamkeit und das große Unrecht der Vertreibung sollte für uns alle eine Verpflichtung sein“, bekräftigte die Landesbeauftragte. Gleiches gelte zudem für die reichhaltige Kultur der alten Heimat. „Auch die heutige



Kultureller Abend in Burghaun: (v.l.n.r.) Franz Hanika, Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf, Monika Hanika, Lina Schmidt, Ilse Eckel, Bürgermeister Simon Sauerbier, Ulrike Hergert und Gabriela Prokešová. (Foto: LBHS)

Veranstaltung leistet zu deren Erhalt einen wichtigen Beitrag“, meinte Ziegler-Raschdorf und wies auf die besondere Bedeutung der Mundart hin. Neben der gleichen kulturellen Prägung und Mentalität sowie den gemeinsamen Erinnerungen, die Menschen derselben regionalen Herkunft verbinden, finde sich die Heimat auch in der ihnen eigenen Mundart wieder: „Neben Traditionen und Bräuchen ist die Sprache ein wesentlicher Bestandteil dessen, was Heimat für uns ist.“ Sie trage dazu bei, das Andenken an die Heimat zu bewahren. Die Landesbeauftragte sprach allen, die an der Veranstaltung mitgewirkt hatten, ihren Dank aus und ermunterte sie, „ihre erfolgreiche und fruchtbare Arbeit fortzuführen sowie sich dafür einzusetzen, dass das kulturelle Erbe der alten Heimat auch den nachfolgenden Generationen erhalten bleibt. Der heutige Abend war bewegend, bei aller Schilderung der traurigen Geschehnisse, aber auch lustig und überaus verbindend.“ ■

Dr. Bernd Fabritius wird Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Stephan Mayer wird Staatssekretär im Innenministerium

In München wurden am 5. März die Parteivertreter vorgestellt, die für die CSU in der künftigen Bundesregierung eine Aufgabe übernehmen sollen.

Dazu erklärt BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius in einer ersten Reaktion: „Es ist für mich eine große Ehre, dass die CSU mir heute das Vertrauen ausgesprochen und mich als neuen Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten benannt hat.

Diese wichtige Aufgabe ist für mich eine Herausforderung, der ich mich gerne stelle. Ich trete dabei in die großen Fußstapfen von etwa Horst Waffenschmidt, Dr. Christoph Bergner, Hartmut Koschyk oder auch Dr. Günter Krings – und werde mit vollem Einsatz daran arbeiten, diese auszufüllen. Außerdem begrüße ich die Entscheidung, dass BdV-Vizepräsident Stephan Mayer Parlamentarischer Staatssekretär beim zukünftigen Bundesminister des Innern, Horst Seehofer, werden soll.“

Selbst wenn es zu weiteren Einzelheiten des Aufgabenzuschnitts bezüglich einer Erweiterung des Zuständigkeitsbereiches und der Zuordnung im Rahmen der Regierung noch keine Informationen gibt, ist mit diesen Personalentscheidungen sichergestellt, dass auch die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten in ihren Heimat- und Siedlungsgebieten weiterhin an höchster Stelle engagiert vertreten werden. ■

Marc-P. Halatsch

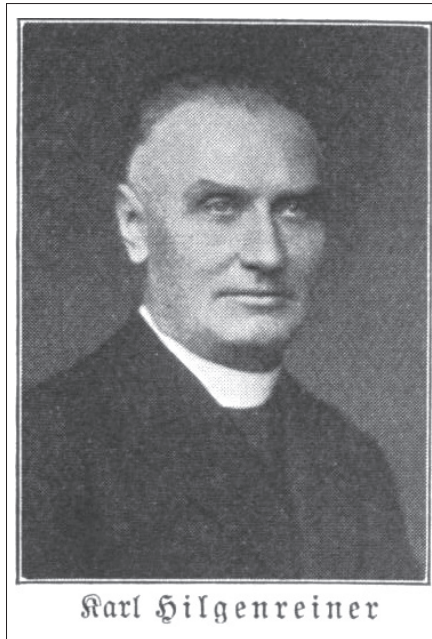
Von Friedberg in Hessen nach Prag

Zum 70. Todestag von Karl Hilgenreiner

Der Name Hilgenreiner ist vielen Sudeten-deutschen noch wohl bekannt: Als Politiker in Prag, der Abgeordneter im tschechoslowakischen Senat war, als Vorsitzender der Deutschen Christlich-Sozialen Volkspartei, aber auch als Professor an der Theologischen Fakultät der Deutschen Universität, wo er Dekan und Rektor war. Aber viele Landsleute sind verwundert, wenn sie erfahren, dass Hilgenreiner aus Hessen stammte, wo er am 22. Februar 1867 in Friedberg geboren wurde. Hilgenreiner schrieb 1941 seine „Lebenserinnerungen“, die 1971 im Band 2 des Archivs für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien in Königstein erschienen sind. Am 14. Mai jährt sich sein 70. Todestag.

Karl Hilgenreiners „Lebenserinnerungen“ bieten die beste Gelegenheit, ihn kennenzulernen, seine tiefe Religiosität zu erfahren und seine Liebe zu allen Schützlingen zu spüren, sein soziales Engagement wertzuschätzen und seine Arbeit zu verstehen. Seine Erfahrungen gibt er ungeschminkt weiter und lässt den Leser daran teilhaben. Bei all seinen fruchtbringenden Diskussionen und Auseinandersetzungen auf religiösem und sozialen Gebiet, sei es zu seinen Veröffentlichungen, bei Vorträgen, Veranstaltungen, an Katholikentagen, sozialen Kongressen, befolgte er einen Grundsatz: „Man muss Person und Sache scharf trennen und dem Gegner den gleichen guten Glauben zubilligen, den man für die eigene Meinung verlangt (...) Die Gegner sollten fühlen, dass ihre Überzeugungen geachtet und ihre sachlichen Einwände behandelt wurden.“ Damit habe er gute Erfahrungen gemacht. Das bestätigt auch Emanuel J. Reichenberger: „Wir hatten manche Auseinandersetzung, bei der es hart auf hart ging. Aber es gab kein gegenseitiges Nachtragen, jeder achtete die Überzeugung des andern, auch wenn er sie nicht teilen konnte.“ Dieses Wort Reichenbergers gilt selbst für das Jahr 1938. Um das Bild von Hilgenreiner abzurunden, sei ein Ausspruch von Dr. Kurt A. Huber zitiert, der Hilgenreiner persönlich kannte: „Hilgenreiner war ein ausgezeichnete Redner, Stilist, der sich sehr leicht tat, aus einer Fülle an Wissen, Erfahrung und Begegnungen mit Menschen zu schöpfen und so seinen Gegenstand interessant zu machen“.

Dass Hilgenreiner aus Hessen kommt und in Friedberg geboren wurde, bestätigt der Auszug des Geburts- und Taufprotokolls der katholischen Pfarrgemeinde St. Mariä. Die Vorfahren des Vaters kamen Anfang des



Professor Karl Hilgenreiner im Jahr 1931
(Quelle: Der große Herder, Band 5, Wikimedia Commons, gemeinfrei)

19. Jahrhunderts aus Bayern nach Seligenstadt, die Mutter stammte aus Alsfeld. Die Eltern wohnten auf „Permission“ in Friedberg. Doch seine unbeschwerte Kindheit erlebte Karl mit seinen vier Geschwistern in Böhmen, da der Vater eine feste Anstellung als Baumeister bei der fürstlichen Herrschaft Löwenstein-Wertheim-Rosenstein in Haid fand.

Eingeschult wurde Hilgenreiner in Haid, er besuchte dann das bischöfliche Knabenseminar in Mariaschein. Dort erfuhr Hilgenreiner eine strenge Bildung, die die Grundlagen für sein späteres Wirken gelegt haben.

Eine wichtige Erfahrung machte Hilgenreiner, als ein tschechischer Mitschüler von einem tschechischen Gymnasium nach Mariaschein wechselte. Die Jungs waren bald gute Kameraden, stellten aber schnell fest, welch eine Kluft sie in geschichtlichen Dingen trennte. Hilgenreiner hebt hervor, dass der tschechische Schüler von den böhmischen Herzögen und Königen viel mehr als von den deutschen Kaisern und Königen

gewusst hätte: „Damals dämmerte mir, dass zwischen Tschechen und Deutschen mehr lag als die Sprache. Heute weiß ich, dass staatliche wie kirchliche Gemeinschaft zwischen beiden Ländern zwar Brücken geschlagen haben, dass sie aber einander im Herzen fremd geblieben sind.“

Mit dem Theologiestudium am Germanikum in Rom, erfüllte sich sein Wunsch, Priester zu werden. Die Verkündigung des Rundschreibens „Rerum novarum“, die er am 15. Mai 1891 in Rom erlebte, bezeichnete er als eine große Tat von Leo XIII. Er schreibt: „Ich gestehe offen, dass mein warmes Interesse für soziale Zeitfragen von diesem Rundschreiben Leos XIII. ‚Rerum novarum‘ den stärksten Antrieb erhielt. Damals konnte ich allerdings nicht wissen, dass ich einmal berufen sein sollte, vom Lehrstuhl diese Signale der sozialen Erneuerung weiterzugeben.“

1892 kehrte Hilgenreiner als Priester geweiht nach Böhmen zurück und trat seine erste Kaplanstelle in Eger an. Zu dieser Zeit wurde die Sozialdemokratie in Eger geweckt und Hilgenreiner bereits in seine erste Pressefehde verwickelt. 1894 wurde Hilgenreiner die Stelle des Direktors am erzbischöflichen Studentenkonvikt Mies in Aussicht gestellt. Zuvor wurde er noch für ein halbes Jahr an der Lehrerinnenbildungsanstalt der Schwestern vom hl. Kreuz als „liefernder“ Religionsprofessor eingesetzt.

Diese fünf Jahre in Mies waren eine besondere Zeit für Hilgenreiner. Er konnte sich seinen Studien widmen, „den Prager Doktorhut zum römischen dazu holen“ und fand sogar noch die Zeit, Mitarbeiter verschiedener theologischer Zeitungen zu werden. Mit Beginn des Wintersemesters 1899/90 wurde Hilgenreiner Professor an der Theologischen Fakultät der Deutschen Universität in Prag. Seine Fächer waren: Kirchenrecht, Christliche Gesellschaftslehre (Soziologie) und Spekulative Dogmatik.

Hilgenreiner nahm an Weltkongressen und Katholikentagen teil, wurde Vizepräsident des katholischen Universitäts-Vereins in Salzburg und sprach beim Internationalen Kongress katholischer Gelehrter. 1901

Fortsetzung auf Seite 20 ►

► Fortsetzung von Seite 19

nahm er anonym Stellung zur Vermehrung und sprachlichen Abgrenzung der Bistümer in Böhmen. Diese Schrift „Zur Frage deutscher Bistümer in Böhmen zur Aufklärung und Beruhigung“ erhielt von deutscher Seite allgemein Zustimmung, von tschechischer Seite wurde sie meist abgelehnt.

Studienreisen im Sommersemester 1903 führten Hilgenreiner nach Marburg, Gießen, Bonn, Göttingen, Leipzig und Halle. Sein Interesse galt besonders den evangelischen theologischen Fakultäten und wunderte sich, dass er dort im Gegensatz zu der Einheit der religiösen Gesamtauffassung bei seiner Fakultät „eine große Zerfahrenheit und Spaltung in den theologischen Vorlesungen selbst der gleichen Fakultät beobachten musste.“

Hilgenreiner hielt sich bei seinen Reisen meist in europäischen Ländern auf, nur einmal verließ er Europa und zwar nahm er 1926 am Eucharistischen Weltkongress in Chicago teil, um neben Kardinal Faulhaber und dem österreichischen Kanzler Seipel in der deutschen Sektion des Riesenkongresses einen religiösen Vortrag zu halten. Im Ersten Weltkrieg war Hilgenreiner Feldkurat und geistlicher Leiter der Feldspitäler.

Hilgenreiner hatte nicht an den vollen Zusammenbruch bei Kriegsende gedacht „Im Mai 1919 wurde unser Schicksal in Paris entschieden, wir waren auf absehbare Zeit einer feindlichen nationalen Mehrheit ausgeliefert, dazu bis zu den Wahlen im Frühjahr 1920 mundtot gemacht.“ Das waren die Gründe dafür, dass Hilgenreiner an die politische Front ging.

Der Zusammenbruch 1918 und seine kirchenpolitischen Folgen veranlassten Hilgenreiner, sich immer mehr in die Politik einzuschalten. Da die Zentrale in Wien wegfiel, war es nötig eine eigene Christlich-Soziale Partei aufzubauen. Für das Programm und die Ausarbeitung engagierten sich Robert Mayer-Harting und Hilgenreiner.

1936/37 wurde Hilgenreiner Rektor an der Deutschen Karls-Universität. 1939 internierten ihn die Nationalsozialisten, 1945 verhaf-



Katholisch-Theologische Fakultät der Karls-Universität in Prag.
(Quelle: Wikimedia Commons, gemeinfrei)

teten ihn die Tschechen. Er kam in das Arbeitslager Modřany bei Prag. 1946 durfte Hilgenreiner ausreisen und kam nach Wien, wo er Kaplan an der Karlskirche wurde. Unermüdlich war er in der Seelsorge und als Schriftsteller tätig. Fast völlig erblindet hielt er seine letzte Fastenpredigt. Am 14. Mai 1948 verstarb er in Wien.

Er schrieb noch ein Jahr vor seinem Tod an seine von ihm ausgebildeten Priester: „Bleibt treu eurem Priesterberuf, bleibt treu eurem Volk, bleibt treu unserer Heimat.“

Angelika Steinhauer

Haben Sie Stifter schon gelesen?

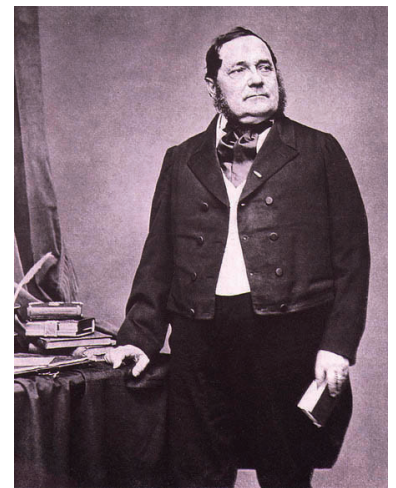
Zum 150. Todestag vom Böhmerwalddichter Adalbert Stifter

Vor 150 Jahren, am 28. Januar 1868, starb Adalbert Stifter. Er war nicht nur ein großer Dichter und begabter Maler, nein er gehört zu den Klassikern der deutschen Literatur. Dieser Sohn des Böhmerwaldes, der in seinem großem Roman Witiko für jede wahre Kultur das „Sanfte Gesetz“ zugrunde legt, sich in seinen Werken für Bildung, Menschlichkeit, Freiheit und Gerechtigkeit einsetzt und uns heute noch durch seine Naturbeschreibungen, wie in dem Bericht über die Sonnenfinsternis 1842, fesseln kann, verdient unsere besondere Würdigung.

Adalbert Stifter wurde in Oberplan im Böhmerwald am 23. Oktober 1805 geboren, verlor früh seinen Vater durch einen tragischen Unfall und musste mit seinen elf Jahren den „kleinen Viehstand des Elternhauses hüten“. Hierbei entwickelte er seine Fähigkeit, alles bis ins Kleinste zu beobachten und zu beschreiben, was er auch

in seinen exakten Zeichnungen festhielt. Stifter verdankte es seinem Großvater, der seine große Begabung früh erkannte, dass er das Gymnasium des Benediktinerstifts in Kremsmünster besuchen konnte. Anschließend studierte er in Wien Jura, Mathematik und Naturwissenschaften. Während seiner Studien wandte sich Stifter immer mehr der Malerei und Literatur zu. Sein Studium in Wien finanzierte er durch Privatunterricht und wurde bald mit großen Namen der Wiener Gesellschaft bekannt. Auch der Verkauf seiner herrlichen Landschaftsbilder trug zu seinem Unterhalt bei. Trotz seiner Begabung beendete er seine Studien nicht mit einem Examen, sondern entschied sich für die Kunst, ja er opferte sogar seine große Liebe, Fanny Greipel, der Dichtkunst.

Im Revolutionsjahr 1848 begrüßte Stifter die revolutionäre Bewegung. Er war damals bereits als Dichter anerkannt und wurde



Adalbert Stifter

Quelle: Wikimedia Commons, gemeinfrei

deshalb von der Wiener Gesellschaft gebeten, sich für die demokratische Staatsbildung einzusetzen. Er schrieb zwar Beiträge in den Medien, merkte aber wie auch Franz Grillparzer bald, dass man nicht auf ihn hören wollte und dass die revolutionären Gruppen in Wien den demokratischen

Aufbau eher zerstörten. Deshalb zog er sich frustriert nach Linz zurück und wandte sich seinem bereits begonnen großen Werk, dem Roman „Witiko“, zu, in dem er seine Idee des Sanften Gesetzes, nämlich Liebe, Recht und Sittlichkeit verwirklichen wollte.

Dieser in drei Büchern gegliederte historische Roman aus der Stauferzeit führt den Leser in die Heimat Stifters. Zur Zeit Witikos war Böhmen ein eigenständiges Herzogtum, dessen Herzog von kirchlichen Vertretern und weltlichen Führern gewählt wurde und später sogar die Königskrone durch den Römischen Kaiser bekam. Der junge Ritter Witiko verlässt seine Heimat Bayern, um seinem Leben einen Sinn zu geben. Er will etwas Großes erreichen und reitet nach Böhmen, lernt dort die Strukturen der Regierung kennen und setzt sich als Ritter für Gerechtigkeit mit Güte und Liebe ein. In den Wäldern Böhmens begegnet er Berta, seiner späteren Frau. Sie verlieben sich beide und versprechen sich, aufeinander zu warten, bis Witiko als gereifter Mann zurückkehren würde. Ihre Treue wird belohnt und endet in einer glücklichen Ehe. Berta trug bei der ersten Begegnung die Waldrose. Diese fünfblättrige Rose wurde daher das Zeichen des Geschlechts der Witikon. Zu dem Roman schrieb Stifter: „Mit dem Witiko werden mich die Leute erst nach hundert Jahren verstehen“.

1856 erhielt Stifter eine Anstellung als Schul-Inspektor in Linz. Doch bei der damaligen Schulbehörde erzielte Stifter mit seinen weitblickenden Reformvorschlägen allerdings wenig Erfolg. Ein Lesebuch zur Förderung humaner Bildung in Realschulen und in anderen zu weiterer Bildung vorbereitenden Mittelschulen, das Stifter 1854 mit dem aus Olmütz stammenden Mittelschullehrer Johann Aprent in Linz verfasste, fand nicht die behördliche Genehmigung. Eine späte Genugtuung bedeutete es für jeden Stifterfreund, dass dieses Lesebuch im Jahre 1947 für die höheren Schulen Bayerns neu herausgegeben wurde.

1857 erfüllte sich Stifter seinen größten Wunsch: Er fuhr mit seiner Frau in einer Kutsche von Linz nach Triest, um das Meer zu sehen. Er war so beeindruckt, dass er kaum seine Empfindungen wiedergeben konnte: „Alpen, Wälder, Ebenen, Gletscher versinken in Kleinigkeiten gegen die Erhabenheiten des Meeres.“ In Triest erinnert heute eine Gedenktafel an Stifters Aufenthalt.

Stifter hat seine Lebensgeschichte in seinen Novellen und Erzählungen immer wieder aufleben lassen. So hat er in vielen Werken oft seine geliebte Heimat, den Böhmerwald, beschrieben. Dies geschah im Hochwald



Im österreichischen Linz steht das Haus, in dem der Stifter ab dem Revolutionsjahr 1848 lebte – heute als Stifterhaus bekannt. (Quelle: Wikimedia Commons, 2005, gemeinfrei)



Grabstelle von Adalbert Stifter in Linz, Donau. (Quelle: Wikimedia Commons, Autor: St. Barbarafriedhof, 2013, Creative Commons CC BY-SA 3.0)

ebenso wie in der Erzählung Granit in der Sammlung Bunte Steine und auch im Witiko. Einer seiner Jugendfreunde war begeistert vom Hochwald: „Wie wunderbar hast Du da unsere Heimat beschrieben! Wie mit Perlen hast Du sie in Deine Worte gefasst, mit Moldauperlen, weißt Du noch, wie Du immer glaubtest, du würdest noch welche finden?“ Das bedeutete Stifter nach seinen Worten mehr als die „Zustimmung namhafter Literaten.“

Stifter war besonders in den letzten Jahren ein großer Verehrer von Goethe, dessen Werke zu seiner täglichen Lektüre gehörten. Er nimmt Goethes Gedanken auf und

führt sie weiter. „Die Nachfolge Goethes ist unverkennbar“ bestätigen die Herausgeber von Wege der deutschen Literatur. Aber Stifter erntete mit seinen Werken nicht nur Lob, sondern auch Kritik. So hatte Hebbel den Roman Nachsommer so langweilig gefunden, dass er die Krone Polens dem versprach, der ihn zu Ende lese. Nietzsche hatte jedoch Stifters Größe erkannt, er schreibt: „Die Größe Stifters erkennt man an der Klarheit seiner Ausführungen und Beschreibungen der Natur und Naturereignisse, wie in der Sonnenfinsternis.“ Andere Großen der Literatur rühmen Stifters Werk wie die deutschen Literaturnobelpreisträger Hermann Hesse und Thomas Mann. Franz Kafka zählte den Nachsommer zu seiner Lieblingslektüre. Hermann Hesse schrieb 1923 über Stifter: „In etwas Grundsätzlichem und tief Wesentlichem ist dieser bescheidene alte Dichter modern, aufregend und vorbildlich: Er sucht... stets mit glühender Seele nach dem Wesen wahrer Menschlichkeit und beginnt sein Suchen und endet sein Finden im Geiste der Ehrfurcht.“

Und für Thomas Mann ist Stifter „einer der merkwürdigsten, hintergründigsten, heimlich kühnsten und wunderbar packendsten Erzähler der Weltliteratur“. Gisbert Kranz hat ihn in sein „Lexikon der christlichen Weltliteratur“ aufgenommen, das 1978 erschien, als man glaubte, nach den 1960ern müsse man den Begriff „Christliche Literatur“ ad acta legen. Für Kranz ragen Gestalt und Werk Stifters weit über die Zeit hinaus. In der Reihe „Texte zum Nachdenken“, die vom Theologenehepaar Gertrude und Thomas Sartory im Herder-Verlag herausgegeben wurde, ist unter dem Titel „Im Angesicht der Dinge“ ein Band mit Aussagen Stifters, für den Mensch, der Freiheit braucht, „um leben und sich entfalten zu können, aber er bedarf dabei des Maßes, damit nicht aus der Freiheit des einen die Sklaverei des anderen werde“.

Als Stifter an Krebs erkrankte, erlebte er eine schmerzhaft Leidenszeit. In seinen letzten Tagen erlebte Stifter noch Anerkennung: Der Großherzog von Sachsen-Weimar schickte ihm wegen der Verdienste, die er sich durch den Witiko um die deutsche Literatur erworben habe, das Ritterkreuz erster Klasse des weißen Falkenordens. Im Spätherbst 1867 erkrankte er noch an einer Grippe und verstarb am 28. Januar 1868 durch eine Halsverletzung beim Rasieren. Es wird Adalbert Stifter der Freitod nachgesagt, was aber nicht erwiesen ist. ■

Angelika Steinhauer

Deutsche Klöster in Böhmen ...

... und ihr Schicksal nach 1946

1934 gab es im Sudetenland und in der übrigen Tschechoslowakei 758 männliche deutsche Ordensleute, die in 49 Niederlassungen von 22 verschiedenen Kongregationen ihrer geistlichen Berufung nachgingen. Sie betreuten in der damaligen ČSR 90 Pfarreien und führten sechs Lehranstalten, darunter drei Gymnasien. Sudetendeutsche Ordensfrauen gab es rund 2.800 in 34 verschiedenen Orden und Kongregationen, die am Vorabend des Anschlusses des Sudetenlandes an Deutschland eine Vielzahl von Schulen führten und zwar 43 Volksschulen, 28 Bürgerschulen, acht Fortbildungsschulen, dreizehn Handarbeitsschulen, fünf Handelsschulen, 31 Frauenfachschulen, eine Lehrerinnenbildungsanstalt, eine Bildungsanstalt für Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen, zwei Kindergärtnerinnenseminare, drei Sonderschulen und 102 Kurse für Sprachen, Musik und so weiter. Dazu kamen noch 89 Kindergärten. Ein Viertel der Schwestern war in der Schule tätig, mehr als die Hälfte in der Alten- und Krankenpflege.

Seit 967 hatte es Benediktinerinnen, seit 993 Benediktiner in Prag gegeben. Im Mittelalter ließen sich alle klassischen Orden im Lande nieder, in der Neuzeit auch die modernen Kongregationen. Viele der im Mittelalter gegründeten Klöster sind in den Wirren der böhmischen Geschichte aufgegeben worden. So verschwanden in der Hussitenzeit und den folgenden zwei Jahrhunderten manche Klöster. Weitere zwei Dutzend fielen der Aufhebung Kaiser Joseph II. zum Opfer, darunter auch das älteste, im Jahre 967 gegründete Benediktinerinnenkloster St. Georg in Prag. Im 19. Jahrhundert kam es dann aber wieder zu einer Fülle von Neugründungen, als sich während des Kulturkampfes in Deutschland Klostergemeinschaften ansiedelten, die das Deutsche Reich Bismarcks verlassen mussten. So gingen die Benediktiner von Beuron nach Emaus in Prag, Ursulinenklöster nach Liebenthal, Breslau und Schweidnitz nach Arnau, Freiwaldau, Hirschberg und Reichenberg. Die letzte Gründung einer Ordensgemeinschaft im Sudetenland war die der Eucharistieschwestern von Großpriesen im Jahre 1937. Bereits nach dem Ersten Weltkrieg aber mussten die deutschen Benediktiner Emaus verlassen und besiedelten die leerstehenden Klöster Neresheim in



Stift Tepl ist eine Abtei des Ordens der Prämonstratenser. (Quelle: Wikimedia Commons, 2008, gemeinfrei)

Württemberg und Grüssau in Schlesien. Auch die deutschen Benediktinerinnen von St. Gabriel in Prag mussten auf Druck des Staates ihr Kloster räumen und gingen nach Bertholdstein in der Steiermark. Die Englischen Fräulein aus Prag ließen sich damals in Neuern im Böhmerwald nieder.

Von der Auflösung deutscher Schulen waren nach 1918 auch verschiedene Ordenschulen betroffen. Den Prämonstratensern von Tepl wurde die Führung des Gymnasiums in Pilsen genommen, die Ursulinen verloren ihre Lehrerinnenbildungsanstalt in Reichenberg und die Borromäerinnen ihre Lehrerinnenausbildungsstätte in Tetschen.

Ein weiterer schwerer Schlag für die Klöster kam nach dem Anschluss 1938 an das Deutsche Reich, das viele Klöster aufhob und alle Ordensleute aus den Schulen vertrieb. Zahlreiche Ordensleute wurden verfolgt. Im Konzentrationslager starben die Patres wie Heribert Kluger (Deutscher Orden), Petrus Mangold (Franziskaner) oder Engelmar Unzeitig (Mariannhiller); mehrere Dutzend Ordenspriester waren inhaftiert, andere erlebten Verhöre und Hausdurchsuchungen, manche erhielten Predigt- und/oder Schulverbot. Die aus dem KZ zurückgekehrten Überlebenden wurden dann von den Tschechen vertrieben wie ihre Gläubigen.

Wie sah das Schicksal einzelner ausgesiedelter Klöster nach der Vertreibung aus?

Das Stift Tepl in Westböhmen zählte 1934 70 Priester, zehn Kleriker und sechs Novizen und betreute 31 Pfarreien, darunter 25 dem Stift inkorporierte. Nach der Vertreibung kam der Konvent mit Abt Möhler nach Speinshart, später nach Schönau im Taunus, von wo er nach Villingen und später nach Obermedlingen übersiedelte. 1995/96 wurde das Kloster aufgehoben. Das Kloster Braunau in Ostböhmen, das mit dem Kloster Břevnov bis 1939 ein Doppelkloster bildete und auf den heiligen Adalbert zurückgeht, fand in Rohr in Niederbayern eine neue Bleibe, wo es bis heute besteht und noch ein Gymnasium führt.

Das Zisterzienserstift Ossegg suchte sich in Raitenhaslach in der Diözese Passau niederzulassen, doch kam es dort zu keiner Tradition. Als die Patres Raitenhaslach dem Bischof von Passau zurückgaben, führten einige von ihnen in Langwaden am Niederrhein die Tradition von Ossegg weiter. Das deutsche Stift Hohenfurth ging in die Vertreibung nach Österreich, wo es sich in Rein mit dem dortigen Kloster zum Stift Rein-Hohenfurth vereinigte. Als nach der Wende das Stift Hohenfurth in Südböhmen mit tschechischen und polnischen Zisterziensern wiederbesiedelt wurde, wurde die Vereinigung in Rein aufgegeben. Die Kreuzherren mit dem roten Stern, die 1938 ein deutsches Noviziat in Maria Kulm eingerichtet hatten, versuchten in Fronhausen an der Lahn die Tradition ihres Ordens

weiterzuführen, mussten aber dort Kloster und Pfarrei bald aufgeben.

Die sudetendeutschen Augustiner, Redemptoristen und Kapuziner hatten nach der Vertreibung eigene Vizeprovinzen beziehungsweise ein Kommissariat. Der Mangel an Nachwuchs bei den Augustinern und Redemptoristen und fehlendes Verständnis von Seiten der deutschen Kapuziner haben diesen selbständigen Gruppierungen ein Ende gemacht.

Auch die sudetendeutschen Schwestern wurden nach 1945 vom Schicksal der Vertreibung betroffen. 2156 sudetendeutsche Schwestern wurden ausgesiedelt, davon 1391 nach Deutschland, 587 nach Österreich, 172 in andere Länder. Insgesamt 118 ordenseigene deutsche Häuser und Anstalten gingen dabei verloren. Manche wurden von tschechischen Schwestern weitergeführt. Der Abtransport aus der Heimat erfolgte zum Teil in geschlossenen Gruppen, so etwa bei den Salesianerinnen und Ursulinen. Einige Schwestern von ausländischen Mutterhäusern, die nur in Filialen im Sudetenland tätig waren, kehrten nach Holland oder Wien zurück. Manche Schwestern konnten oder mussten zunächst bleiben, da sie in Krankenhäusern gebraucht wurden. Als aber zum Beispiel die Kreuzschwestern 1951 in den Krankenhäusern von Eger, Falkenau oder Dux abgelöst wurden, brachte man sie noch als billige Arbeitskräfte in die Fabriken Südböhmens, ehe sie 1954 auf Intervention des Roten Kreuzes in die Schweiz ausreisen konnten. Von dort gingen die meisten nach Bayern, wo sie 1957 eine neue Bayerische Provinz gründeten. Zwölf deutsche Schwestern der Kongregation von der Unbefleckten Empfängnis Mariens erhielten erst 1964 Ausreisebewilligung. Sie führten dann in Leitershofen ein Exerzitienhaus der Diözese Augsburg. Von 34 selbständigen weiblichen deutschen Ordensfamilien blieben nur sechs Gemeinschaften in der Tschechoslowakei zurück, von den übrigen schritten zwölf in der Vertreibung zu Neugründungen. So gründeten die Deutschordensschwestern ein neues Mutterhaus im St. Nikola-Kloster in Passau und die Armen Schulschwestern 1949 eine sudetendeutsche Provinz in Auerbach in der Oberpfalz. Die Barmherzigen Schwestern vom III. Orden des heiligen Franz ließen sich in Arnsdorf in Niederbayern nieder. Der Orden von der Heimsuchung Mariens, das heißt die Salesianerinnen von Chotieschau, die vom Fürsten Thurn und Taxis

während des Kulturkampfes das Schloss in Chotieschau als Kloster erhalten hatten, fanden in Niederfels Zuflucht.

Die größte Schwesterngemeinschaft Böhmens, die Barmherzigen Schwestern vom Heiligen Kreuz mit dem Sitz in Eger nahmen 1945/46 vorübergehend Sitz in Tuzenberg und Regenstau (Spindelmühle), dann im Schloss Werneck, ehe sie ein neues Mutterhaus in Gemünden am Main errichteten. Andere Schwestern gingen nach Österreich wie die Eucharistieschwestern von Großpriesen, die heute ihr Mutterhaus in Salzburg haben. Regensburg bot auch den Klarissen von Leitmeritz 1945/46 vorübergehend Bleibe, bis sie in Liblar und Senden (Westfalen) eigene Klöster schufen.

Im Sudetenland hatten 1945/46 tschechische Ordensleute die deutschen Klöster übernommen. In Tepl wurde das Kloster am 3. September 1945 militärisch besetzt und alle Insassen wurden ein halbes Jahr im Stift in Haft gehalten. Abt Petrus Möhler und Prior Hieronymus Walter kamen ins Gefängnis nach Eger, von wo sie erst 1948 entlassen wurden. Die deutschen Mitglieder wurden im April 1946 nach Bayern vertrieben, die in den Pfarreien tätigen Patres wurden mit ihren Pfarrangehörigen ausgesiedelt. Das Stift Tepl wurde 1945 zunächst der Administratur von Strahov unterstellt und als selbständige tschechische Kommunität konstituiert. 1950 wurde es wie alle

Klöster der Tschechoslowakei aufgehoben. Es diente als Kaserne, während die Klosterbibliothek öffentliche Kreisbibliothek wurde. Erst 1990 wurde das Kloster den Prämonstratensern zurückgegeben, die es 1992 wieder besiedelten.

Da es zu wenige tschechische Benediktiner gab, holte man 1945 Benediktiner tschechischer Herkunft aus den USA nach Braunau. In Ossegg musste das Zisterzienserkloster den Salesianern übergeben werden, da es keine tschechischen Angehörige dieses Ordens in Nordböhmen gab und auch Hohenfurth kaum besiedelt werden konnte. Nach 1950 gab es keine Klöster in der Tschechoslowakei, da sie alle aufgehoben wurden. Einige Klostergebäude dienten als Gefängnisse oder Altersheime für Schwestern. Es waren so genannte „Konzentrationsklöster“, in denen die Ordensleute interniert waren.

Erst nach der Samtenen Revolution wurden seit 1990 die Klöster zurückgegeben und die Orden wieder zugelassen. So wurden Tepl, Ossegg, Hohenfurth oder auch das Servitenkloster im südböhmischen Gratz neu besiedelt. Mit Ausnahme von Ossegg wohin aus Langwaden ein deutscher Abt zurückkehrte und Gratz, wo ein sudetendeutscher Servit, der als Kind nach Tirol vertrieben wurde, bis zu seinem Tode 2005 tätig war, handelt es sich aber heute in Böhmen (und Mähren) um rein tschechische Klöster. ■

Rudolf Grulich



Klosterkirche Ossegg/Osek (Quelle: Wikimedia Commons, Autor: SchiDD, 2012, CC BY-SA 3.0)

Monographie einer Stadtgeschichte

Präsentation der deutsch-polnischen Chronik von Fraustadt (Wschowa)

Am 5. Dezember 2017 konnte der Osteuropahistoriker Dr. Martin Sprungala seine im Vorjahr zweisprachig erschienene Chronik der Stadt Fraustadt (Wschowa) in der Öffentlichen Bibliothek der Stadt und Gemeinde Wschowa im heutigen Polen präsentieren. Eingeladen hatte ihn die Direktorin der neu errichteten Bibliothek, Ilona Ratajczak.

Das alte Gebäude, einst die Münzprägestätte der Stadt und im 18. Jahrhundert Sitz des Jesuitengymnasiums, war vor wenigen Jahren abgebrannt. Der Neubau beherbergt nun einen Teil des Regionalmuseums und die Bibliothek. Das Buch hatte sich als große Überraschung in Wschowa erwiesen, da es seit Jahrzehnten nicht gelungen ist, eine Monographie zur Stadtgeschichte zu verfassen, obwohl Gelder dafür ausgegeben wurden. Dies ist nun als Privatinitiative des Übersetzers und Projektanten Przemysław Zielnica und des Historikers Dr. Sprungala gelungen. Unterstützt wurde die Arbeit von dem ehemaligen Vorsitzenden des Heimatkreises „Freundeskreis Fraustädter Ländchen e.V.“, Johannes Rauball (1920-2016). Ihm und allen ehemaligen Fraustädtern ist diese Arbeit daher auch gewidmet, quasi als ihr letztes Vermächtnis, denn die Arbeit basiert weitgehend auf den Veröffentlichungen des Heimatkreises und den Lokalhistorikern der Vorkriegszeit.

Der Heimatkreis hatte selber neben seiner Vierteljahresschrift „Fraustädter Ländchen“ einige kleinere Schriften herausgegeben, aber es mangelte an einer Gesamtdarstellung. Nachdem Dr. Sprungala 1998 im Rahmen seiner Dissertation mit Johannes Rauball Kontakt aufgenommen hatte, trat er 2003 in engeren Kontakt zum Heimatkreis, denn sein Fraustädter Freund, der damalige Redakteur der Zeitschrift „Ziemia Wschowska“ (Fraustädter Ländchen) Andrzej Szczudło, wollte Kontakt zu Rauball aufnehmen. So begann im Mai 2003 eine Zusammenarbeit und der Vorstand ernannte Dr. Sprungala zu seinem Beauftragten für den Kontakt nach Polen, denn der Heimatkreis hatte bereits seit Jahren keinen Kontakt mehr nach Wschowa.

Mit Hilfe von Andrzej Szczudło wurde der Kontakt zum städtischen Büro „Promocja“ aufgenommen und verschiedene gemeinsame Projekte wie eine Konferenz zum 400-jährigen Bestehen der bekann-



Buchpräsentation von Dr. Martin Sprungala (re.) mit Übersetzer Przemysław Zielnica

ten Kirche „Kripplein Christi“ (24.9.2004) durchgeführt. Treibende Kraft für die polnisch-deutsche Freundschaft und kulturelle Zusammenarbeit in Fraustadt blieb Andrzej Szczudło, auch nach der Auflösung des Freundeskreises im Jahr 2006.

Dr. Sprungala hatte 2003 mit der Arbeit für eine Monographie über die Geschichte Fraustadts begonnen, musste die Arbeit dann aber abbrechen, als Rauball ihn von der geplanten Auflösung des Vereins informierte. Private und gesundheitliche Gründe kamen hinzu, sodass dieses Projekt dann in der Versenkung verschwand. Rauball hegte damals immer noch die Hoffnung, dass das Museum in Wschowa eine große Monographie vorlegen könnte. Letztendlich scheiterte dieses Projekt offenbar, als man ein eingereichtes Manuskript in einer Pressekonferenz als unzulänglich und nicht veröffentlichungsfähig darstellte.

Inzwischen hatte der Germanist Przemysław Zielnica 2011 ein erstes Werk von Dr. Sprungala übersetzt und zweisprachig veröffentlicht, das auf sehr große Resonanz in Polen stieß. Im Anschluss wurden beide beauftragt, eine Chronik zum 700-jährigen Jubiläum der schlesischen Stadt Schlawa (Ślawa) zu erstellen, die 2012 erschien.

Da Dr. Sprungala die Vorarbeiten zum Fraustadt-Buch weiter betrieben hatte und dabei feststellte, dass die deutschen Kulturschaffenden im Fraustadt der Vorkriegszeit bereits zahlreiche historische Fakten zusammengetragen hatten, kam die Idee auf, diese gesammelten Fakten als Chronik zu veröffentlichen. In Absprache mit dem damals schon

hoch betagten Johannes Rauball vereinbarten die drei Männer kurz nach Weihnachten 2012 die Herausgabe dieser Chronik.

Im Herbst 2015 war die Übersetzung fertig und die Grünberger Druckerei begab sich an das Layout. Leider kam es hier zu Verzögerungen und Komplikationen, sodass der Mitinitiator Johannes Rauball die Fertigstellung des Werkes nicht mehr erlebte. Daher wurde das Buch nicht nur den ehemaligen Fraustädtern, sondern auch ihm persönlich gewidmet. Der Übersetzer schickte als Dank für die Unterstützung dem Sohn Reinhard Rauball, der als Präsident des Fußballvereins BVB auch in Wschowa bekannt ist, ein Buch und dankte für die Arbeit seines Vaters.

Das Buch wurde erstmals am 14. April 2016 im Ratssaal der Gemeinde Wijewo (Weine, bis 1920 Teil des Kreises Fraustadt) in Anwesenheit des Bürgermeisters Mieczysław Drozdzyński präsentiert. Erst am 5. Dezember 2017 konnte auch in Wschowa die Chronik präsentiert werden. Dr. Sprungala stellte dem interessierten Publikum den Werdegang seines Kontaktes nach Wschowa, der sich im 25. Jahr befindet, vor. Von offizieller Seite war zwar niemand zugegen, auch wenn der Vizebürgermeister 2016 eine namhafte Anzahl an Büchern erworben hatte, die in der Stadtbibliothek verkauft wurden. Dafür war die Bürgermeisterin der Gemeinde Przemęt (Priment), Dorota Gorzelniak, mit ihrem Mann Damian anwesend. Damian Gorzelniak ist der Sohn des ehemaligen Maucher Dorfschulzen Josef Gorzelniak (1929-2016), der Dr. Sprungala einst bei seiner Dissertation über die Geschichte des Primenter Klostergebiets und des Dorfes Mauche (Mochy) geholfen hatte. Durch die Familienforschung zur Familie Sprungala/Sprzagala war der Kontakt und die Zusammenarbeit einst entstanden. Frau Gorzelniak war bereits 2004 erstmals bei der Konferenz zum „Kripplein Christi“ in Wschowa dabei.

Fazit der Besucher: eine sehr gelungene Veranstaltung. Der ehemalige Museumsmitarbeiter Aleksander Wilecki sowie das ehemalige Magistratsmitglied Piotr Buczek baten daher den Autor, der Geschichte der Region weiterhin verbunden zu bleiben. ■

Martin H. Heller,
Wetzlarer Neue Zeitung

„Der Berliner ist meist aus Posen ...“

Posener Spuren im heutigen Berlin

„Der Berliner ist meist aus Posen oder Breslau“ – diese Feststellung Kurt Tucholskys (1890–1935) ist auch heute noch im öffentlichen Raum Berlins sichtbar. Viele Posener haben deutliche Spuren im Stadtbild Berlins hinterlassen und nicht zu unterschätzende Beiträge zur Entwicklung dieser Stadt zur Metropole geleistet. Diesen Spuren ist Harald Schäfer, langjähriger Bildungsreferent der DJO-Deutsche Jugend in Europa/Landesverband Hessen, in seinem beachtlichen Buch „Der Berliner ist meist aus Posen ...“ nachgegangen.

Die Posener kamen nach Berlin, das wie ein Magnet auf sie wirkte auf der Suche nach einem besseren Leben oder weil sie aus politischen Gründen eine Zuflucht suchten. Berlin war ein attraktiver Anziehungspunkt für kreative Persönlichkeiten. Die Berliner Universität zog viele Abiturienten aus den preußischen Ostprovinzen an, insbesondere viele Posener, weil die Hauptstadt der damaligen Provinz Posen bis zum Ende des 1. Weltkriegs noch keine Universität hatte.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erlebte die damals preußische Hauptstadt Berlin eine stürmische wirtschaftliche Entwicklung. Mit der Gründung des Deutschen Reiches erhielt Berlin die Hauptstadtfunktion. Die Einwohnerzahl wuchs in den Jahren von 1871 bis 1910 von rund 930.000 auf 3,7 Millionen.

Die Geschichte der Posener spiegelt sich auch im heutigen Stadtbild wider, vielfach unbekannt und unbeachtet. Die Reichshauptstadt wurde zum idealen Standort für viele innovative Unternehmer, die den Grundstein ihres wirtschaftlichen Erfolges in Berlin legten. Arbeitskräfte wurden benötigt, die vor allem aus den preußischen Ostprovinzen kamen. Aus dem weitgehend agrarisch geprägten Posener Land gaben viele Architekten und Städteplaner Berlin sein sich immer wieder wechselndes Gesicht: So entwarf der Architekt Adolf Sommerfeld die Waldsiedlung „Onkel Toms Hütte“, Heinrich Mendelssohn zeichnete planerisch für den Bau des Europahauses verantwortlich und August Adolf Max Spitta hatte die Bauleitung der Siegesallee. Berthold Kempinski legte als Weinhändler mit einer Gaststätte die Voraussetzung für die berühmte Hotel-Kette, Rudolf Mosse baute in Berlin

sein Zeitungsimperium auf, Hermann Tietz seine Kaufhaus-Kette, an die der Name Hertie erinnert und Salman Schocken seinen gleichnamigen Warenhauskonzern.

Große Namen und berühmte Zeugnisse aus Kunst, Geistes-, Kultur-, Gesellschafts- und Industriegeschichte sind mit dem „Posener Einfluss“ auf die Entwicklung Berlins und Deutschlands verknüpft. Vielen ist nicht bekannt, dass die Maler Erich Buchholz, Walter Leistikow und Lesser Ury, die berühmten Schauspieler O. E. Hasse und Lilli Palmer sowie der Komponist Xaver Scharwenka aus Posen stammen. Zahlreiche Persönlichkeiten aus der Provinz Posen haben die Berliner Kommunalpolitik maßgeblich mitgeprägt oder an herausragender Position Verantwortung getragen, wie der Bürgermeister Arthur Scholz. Am Widerstand gegen den Nationalsozialismus beteiligten sich Posener, wie Carl-Friedrich Goerdeler und Herbert Baum.

Auffallend viele sichtbare Zeichen weisen auf bedeutsame jüdische Mitbürger aus der einst preußischen Provinz Posen hin, weil auch dort ihr Anteil an der Bevölkerung relativ groß war. Die jüdischen Mitbürger haben zum Aufstieg Berlins und zu ihrer Modernität, ihrer Offenheit gegenüber neuen Ideen, ihrer Toleranz und ihrem Weltstadt-Charme beigetragen.

Kulturpolitisch ist richtig, dass Harald Schäfer den Gebietsstand der ehemals preußischen Provinz Posen zum Ende des Ersten Weltkriegs berücksichtigt und auch Persönlichkeiten einbezogen hat, die im Kaiserreich als Deutsche polnischer Nationalität im Reichstag waren bzw. in der DDR eine Rolle spielten. Die Genannten und weitere Persönlichkeiten werden in alphabetischer Folge und unter zahlreichen Stichworten, wie Ehrenbürger, Gedenkstätte der Sozialisten, Ostbahnhof, Partnerschaft, Gedenkstätte Plötzensee, Reichstag und Städtälteste vorgestellt. Unter den Stichworten sind auch viele jüdische Einrichtungen und Hinweise auf Stolpersteine.

Leider fehlen die Vereinigungen und



Quelle: Putzger – Historischer Weltatlas

Einrichtungen der Deutschen, die nach 1945 als Heimatvertriebene aus dem Gebiet der früheren Provinz Posen ein neues Zuhause in Berlin fanden. Diese gründeten dort bereits 1949 eine Landsmannschaft Posen als Vorläufer der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, die eine aktive Landesgruppe und eine Frauengruppe hat. Außerdem bildeten sich in Berlin zahlreiche örtliche Gruppen der Heimatkreise ehemaliger Posener. Interessierte Landsleute aus Bromberg, Meseritz, Schneidemühl und Wirsitz treffen sich noch. Auch der „Kirchendienst Ost“, den von 1950 bis 1976 Posener Persönlichkeiten leiteten, und die Stiftung Deutschlandhaus erfüllten während der Teilung Deutschlands in Berlin wichtige Funktionen. Im Deutschlandhaus wird jetzt eine Dauerausstellung der bundeseigenen Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ vorbereitet.

Das lesenswerte Buch verdient eine vielseitige Beachtung und eine weite Verbreitung, weil die frühere Provinz Posen vielen Mitbürgern wenig bekannt ist und oft ungenannt bleibt. Es will darüber hinaus zur aktuellen Diskussion über die Zuwanderung in Deutschland anregen.

Karl Bauer

Harald Schäfer

„Der Berliner ist meist aus Posen ...“

Posener Reminiszenzen im heutigen Berlin

Zu beziehen über jede Buchhandlung

ISBN 978-3-934679-54-2

Verlag Winterwork Borsdorf



Auszeichnung für einen Menschen des Ehrenamts

Ministerin Lucia Puttrich würdigte das langjährige Engagement von Reinhard Schwarz in der Kommunalpolitik und für Vertriebene.

Reinhard Schwarz aus Niddatal (Wetteraukreis) erhielt im Oktober 2017 von der hessischen Europaministerin Lucia Puttrich das vom Bundespräsidenten verliehene Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Mit dieser Ehrung wird sein langjähriges ehrenamtliches Engagement in der Kommunalpolitik, für den Bund der Vertriebenen und weitere Institutionen gewürdigt. „Sie sind ein Mensch des Ehrenamts, der sich vorbildlich für die Allgemeinheit engagiert. Das verdient unseren besonderen Respekt“, sagte Lucia Puttrich bei der Feierstunde in der Hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden.

Reinhard Schwarz stammt aus dem Sudetenland und wurde im Sommer 1946 als Fünfjähriger von dort vertrieben. Die Familie zog nach Hörnsheim (heute: Gemeinde Hüttenberg im Lahn-Dill-Kreis). Dort besuchte er die Volksschule und absol-

vierte danach eine Bäckerlehre. Zuletzt hat Reinhard Schwarz als Vollziehungsbeamter bei der AOK Hessen gearbeitet.

1986 wurde Reinhard Schwarz erstmals Stadtverordneter in Niddatal (Wetteraukreis). Danach gehörte er von 1986 bis 1989, von 1995 bis 1997 und von 1988 bis 2015 der Stadtverordnetenversammlung an. In dieser Zeit erwarb er sich mit seiner sachlichen und freundlichen Art, die auf politischen Konsens und Ausgleich abzielte, über die Fraktionsgrenzen hinweg hohe Anerkennung. Von 1991 bis 2010 war Reinhard Schwarz Vorstandsmitglied des CDU-Stadtverbands Niddatal. Dem Kreisvorstand der CDU Wetterau gehört er als Kreisvorsitzender der „Union der Vertriebenen“ (UdV) seit 1999 als kooptiertes Vorstandsmitglied an.

Reinhard Schwarz hat sich außerdem im Bund der Vertriebenen (BdV) engagiert. Von 1984 bis 1985 war er Schriftführer und Pressewart im BdV-Ortsverband, 1985 übernahm er den Vorsitz. Dem Vorstand des BdV-Kreisverbands Friedberg gehört er seit 1984 an, seit 1999 als Vorsitzender. Seit 1990 gehört er dem BdV-Landesvorstand Hessen an, 2015 wurde er zum Schriftfüh-



Ministerin Lucia Puttrich mit Reinhard Schwarz (Foto: © Staatskanzlei / S. Feige)

rer gewählt. In allen Funktionen bringt er seine umfangreichen Erfahrungen und Kenntnisse in die Verbandsarbeit ein. In der Sudetendeutschen Landsmannschaft ist Reinhard Schwarz ebenfalls aktiv. Seit 1985 ist er im Vorstand der Kreisgruppe Friedberg, deren Kreisobmann er seit 1989 ist.

Darüber hinaus engagiert sich Reinhard Schwarz in der Katholischen Pfarrgemeinde Ilbenstadt und im Geschichtsverein Niddatal. Sein vielfältiges Engagement wurde 2012 mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen gewürdigt. ■

Nachruf für einen engagierten Heimatfreund

Paul Stein – ein pommerscher Landsmann mit Leib und Seele

Im hohen Alter von 97 Jahren starb der Ehrenvorsitzende der Pommerschen Landsmannschaft Hessen, Dipl.-Ing. Paul Stein, im August letzten Jahres. Noch im Juli davor hatte er seinen Geburtstag im großen Kreise seiner Familie im Vineta im Pommern-Zentrum feiern können. Die Pommersche Landsmannschaft, Landesgruppe Hessen, und die Kreisgruppe Wiesbaden werden dem langjährigen Vorsitzenden ein ehrendes Andenken bewahren.

50 Jahre war Paul Stein der Vorsitzende der Pommerschen Landsmannschaft, Kreisgruppe Frankfurt. In Stettin geboren, schloss er sich bereits 1949 der Pommerschen Landsmannschaft an und war seit 1950 Mitglied des Vorstandes der Kreisgruppe Frankfurt.

Über 400 Pommern hatten sich damals am Anfang bei der Gründung der Kreisgruppe zusammengefunden. Von 1949 bis 1952 war Paul Stein Schriftführer. 1952 trat

Dr. von Maltzahn zurück und es wurde ein neuer Vorsitzender gesucht. Der Blick fiel auf den Idealisten Paul Stein aus Stettin. Paul Stein war auch Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen in Frankfurt und hat dort viele Sprechstunden für Aussiedler abgehalten. 1985 wurde er zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft „Haus der Heimat“ gewählt. Bis zum Jahr 2000 war Stein Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft und hat danach sein Amt in jüngere Hände gelegt. In den Folgejahren 2001 und 2002 gab er seine Ämter beim BdV und der Pommerschen Landsmannschaft ab. Sein Herz gehörte jedoch seiner Heimatstadt Stettin, für die er sich immer einsetzte. Eine besondere Ehre wurde ihm zuteil, als er 1993 zur 750-Jahrfeier in Stettin im Beisein des polnischen Präsidenten Lech Walesa für die Stettiner reden konnte.

Doch er hat sich nicht nur in Frankfurt, sondern auch in der Pommerschen Landsmannschaft Hessen und auf Bundesebene enga-



Dipl.-Ing. Paul Stein (Foto: privat)

giert. So war er über Jahrzehnte lang in der Pommerschen Abgeordnetenversammlung, erst als Schriftführer, später als stellvertretender Präsident im Präsidium tätig. Darüber hinaus engagierte er sich in der Politik, als Betriebsratsvorsitzender und in zahlreichen Vereinen. Paul Stein war ein Mensch, für den „Heimat“ kein leeres Wort war. ■



Landesverband Hessen e.V.

Bund der Vertriebenen Landesverband Hessen e.V.
Friedrichstraße 35 · 65185 Wiesbaden



Telefon 0611 36019-0

Telefax 0611 36019-22

E-Mail buero@bdv-hessen.de

Web www.bdv-hessen.de

www.bund-der-vertriebenen-hessen.de

www.facebook.com/bdvhessen

BdV-Landesverband

24. März 2018	Landesverbandstag des BdV-Landesverbandes Hessen, Wiesbaden Haus der Heimat
30. März – 2. April 2018	BdV-Kreisverband Lauterbach Oster-Gruppenreise Kulmer Land/Polen
02. – 04. April 2018	Frauenbund im BdV Internationale Begegnungstagung „Sudetendeutsche und Tschechen – gestern, heute und morgen“ Bad Kissingen, Bildungsstätte Heiligenhof
14. April 2018	Landesgruppe der Sudetendeutschen Landsmannschaft Hessen SL-Landesversammlung Wiesbaden, Haus der Heimat
06.-12. Mai 2018	Institut für Kirchengeschichte von Böhmen, Mähren und Schlesien Studienfahrt nach Nordböhmen
08. Mai 2018	Neujahrsgespräch mit Ministerpräsident Volker Bouffier Staatskanzlei Wiesbaden
18. – 20. Mai 2018	69. Sudetendeutscher Tag 2018 in Augsburg Messe Augsburg, Schwabenhalle, Hallen 5, 6, 7 und Tagungcenter
26. Mai 2018	Tag der Vertriebenen beim 58. Hessentag 2018 in Korbach – Öffentliche Sprechstunde der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler – Öffentliche Sitzung des Landesvertriebenenbeirates – Brauchtumsnachmittag des BdV Hessen
15. – 17. Juni 2018	LM Weichsel-Warthe Bundesversammlung und Bundeskulturtagung Fulda
24. Juni 2018	BdV-Kreisverband und SL-Kreisgruppe Groß-Gerau 85. Heimatvertriebenenwallfahrt Maria Einsiedel bei Gernsheim
23. – 30. Juni 2018	Landesgruppe der Sudetendeutschen Landsmannschaft Hessen 15. JMG-Wanderwoche Gratzener Bergland/Südböhmen



Absender:



BdV – Bund der Vertriebenen
Landesverband Hessen e.V.
65185 Wiesbaden

Postvertriebsstück

Entgelt bezahlt

H 13 18 F

Bund der Vertriebenen – Friedrichstraße 35 – 65185 Wiesbaden – Postvertriebsstück Entgelt bezahlt H 13 18 F

Das Institut für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien

Das Institut für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien befindet sich im „Haus Königstein“ in Geiß-Nidda, einem Ortsteil der Stadt Nidda. Wissenschaftlicher Leiter des Instituts ist Professor Dr. Rudolf Grulich.

Das Institut wurde 1954 vom damaligen Leiter der Königsteiner Anstalten Prälat Prof. Dr. Kindermann und von Prälat Dr. Kurt Engelbert als Königsteiner Institut für Kirchen- und Kulturgeschichte Ostmitteleuropas mit einer sudetendeutschen und einer ostdeutschen Abteilung in Königstein gegründet. Durch die Übersiedlung der ostdeutschen Abteilung nach Ingelheim und später nach Bonn wurde die sudetendeutsche Abteilung unter dem 1963 angenommenen Namen Königsteiner Institut für Kirchen- und Geistesgeschichte der Sudetenländer in das Vereinsregister in König-

stein eingetragen. 1974 wurde der Name geändert in Institut für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien. Die Öffnung der Grenzen im Osten Anfang der 1990er-Jahre und die daraus erfolgten verstärkten Beziehungen der Vertriebenen in die alte Heimat haben das Institut nicht nur in Kreisen der Sudetendeutschen, sondern auch anderer katholischer Vertriebenen als Ort bekannt gemacht, an dem Heimatforscher und historisch Interessierte wertvolles und seltenes Material zur Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien finden. Im August 2006 wurde der notwendige Auszug aus Königstein und die Verlegung des Instituts nach Nidda beschlossen, da die Diözese Limburg die Vertriebenenarbeit in Königstein einstellte. Nach dem Umzug 2007 nach Nidda wurde in Erinnerung an den ursprünglichen Standort der Name „Haus Königstein“ gewählt.

Bibliothek und Archiv

In Haus Königstein befindet sich eine ansehnliche Bibliothek mit etwa 12.000 Büchern. Der überdachte Hof trägt den Namen „Speckpater-Platz zum Gedenken“ an den weltberühmten Pater Werenfried van Straaten, der im Jahre 2013 100 Jahre alt geworden wäre. Im Hause befindet sich auch die Bibliothek des Auschwitz-Überlebenden Pavel Bergmann aus Prag, die von seinem Sohn Daniel Bergmann hier untergebracht wurde. Außerdem besitzt das Institut einen Bestand an Archivalien an Nachlässen von Priestern aus dem Sudetenland, darunter auch Vertreibungsberichte, in denen die Priester das Vertreibungs-geschehen ihrer Gemeinden 1945 und 1946 dokumentierten. Es existiert auch eine Gebetbuchsammlung mit rund 200 Gebetbüchern der böhmisch-mährischen Diözesen und ihrer Wallfahrtsorte.



Studienfahrt nach Nordböhmen vom 06. – 12. Mai 2018

Die Teilnehmer werden im böhmischen Raudnitz (Roudnice) an der Elbe, unweit der Bischofsstadt Leitmeritz (Litoměřice) wohnen und von dort Tagesfahrten in Böhmen und Sachsen unternehmen.

Leistungen:

- Fahrt mit dem Bus von Frankfurt bzw. Bamberg nach Raudnitz.
- Alle Tagesfahrten, Besichtigungen und Führungen, Übernachtung und Halbpension (Abendessen) in Raudnitz und das Abendessen am 8. Mai in Prag.

Preis wie im Vorjahr: 750,- € Doppelzimmer / 125,- € EZ-Zuschlag
Anmeldung direkt über das Institut für Kirchengeschichte

Kontaktaten:

**Institut für Kirchengeschichte
Böhmen-Mähren-Schlesien e.V.
HAUS KÖNIGSTEIN**

Zum Sportfeld 14
63667 Geiß-Nidda

Telefon 06043 9885224

haus-koenigstein.nidda@t-online.de
www.institut-kirchengeschichte-haus-koenigstein.de